

Beschluss Für ein sicheres, gerechtes und demokratisches Berlin – unsere Vorschläge für das Wahlprogramm 2026

Gremium: Landesmitgliederversammlung

Beschlussdatum: 23.03.2025

Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Wir, die Grüne Jugend Berlin, setzen uns im Wahlprogramm Prozess für folgende
2 Forderungen im Themenbereich Inneres ein:

3 Sicherheit

4

5 Sicherheitsbegriff

6 Wir vertreten ein allumfassendes Verständnis von Sicherheit, welches die
7 Berliner*innen in ihrer Lebensrealität abholt. Eine Sicherheitspolitik, die
8 nicht nur Eigentum schützt und sich auf die Polizei beschränkt, sondern eine
9 soziale Sicherheit und das gute Leben für alle zum Ziel hat. Deshalb setzen wir
10 uns für einen sozialen Sicherheitsbegriff im Wahlprogramm ein.

11 Prävention statt Repression

12 Unser Fokus liegt auf der Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität
13 durch präventive Maßnahmen und eine stärkere Bürger*innennähe.

14 Demokratische Kontrolle der Sicherheitsbehörden

15 Wir setzen uns für den Ausbau der Aufsicht über Sicherheitsorgane ein, um
16 Grundrechte zu schützen und unverhältnismäßige Überwachungsmaßnahmen zu
17 verhindern. Dazu gehört auch die Abschaffung der sogenannten
18 „kriminalitätsbelasteten Orte“.

19 Keine Militarisierung der Polizei

20 Es darf keine Ausweitung von Schusswaffeneinsätzen geben, und die Polizei darf
21 nicht weiter militarisiert werden. Stattdessen müssen Deeskalationstrainings
22 verpflichtender Bestandteil der Polizeiausbildung werden. Ergänzend fordern wir
23 eine verpflichtende Fortbildung zum Umgang mit Menschen in psychischen
24 Ausnahmesituationen.

25 Community-basierte Sicherheitskonzepte

26 Wir fördern Ansätze wie Nachbarschaftsmediation, Sozialarbeit und nicht-
27 polizeiliche Sicherheitsstrukturen, um Sicherheit nachhaltig und sozial gerecht
28 zu gestalten.

29 Antidiskriminierungspflicht für Polizei und Sicherheitsbehörden

30 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss auch für diskriminierendes
31 Verhalten von Polizei, Behörden und Justiz gelten. Ein Ticketsystem für
32 polizeiliche Kontrollen soll Transparenz schaffen und Racial Profiling
33 verhindern.

34 Unabhängige Antidiskriminierungsstelle für Sicherheitsbehörden

35 Ausbau der unabhängigen Antidiskriminierungsstellen für Sicherheitsbehörden

36 Wir fordern den Ausbau und die Stärkung unabhängiger Polizeibeauftragter.

37 ---

38 Wir fordern eine spezialisierte Beschwerdestelle, die sich mit Diskriminierung
39 innerhalb der Polizei und Justiz befasst.

40 Elektronische Fußfessel als Präventionsmaßnahme gegen häusliche Gewalt

41 Es gibt fast täglich in Deutschland einen Femizid. Wir als Grüne Jugend Berlin
42 stehen für Präventionsmaßnahmen, die wirken und fordern daher die Prüfung der
43 rechtlichen Bedingungen für elektronische Fußfesseln zur Überwachung von Tätern
44 häuslicher Gewalt. Außerdem fordern wir mehr Hilfsmittel für Beratungsstellen
45 und Frauenhäuser.

46 ---

47 **Justiz**

48 **Bessere Justizstrukturen**

49 Um eine effektive und gerechte Rechtsprechung sicherzustellen, müssen die
50 Arbeitsbedingungen und personelle Ausstattung in der Justiz verbessert werden.

51 **Reform der juristischen Ausbildung**

52 Eine Reduktion des Prüfungsstoffs soll die juristische Ausbildung praxisnäher
53 und effizienter machen.

54 **Konsequente Anwendung des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG)**

55 Diskriminierung muss in allen Bereichen bekämpft werden – das LADG darf nicht
56 nur auf dem Papier existieren.

57 **Entkriminalisierung von Bagatelldelikten**

58 Straftatbestände wie das Fahren ohne Ticket müssen abgeschafft werden. Wir
59 setzen uns für eine Bundesratsinitiative zur Streichung dieser Delikte ein.
60 Solange dies nicht umgesetzt ist, soll Berlin als Eigentümer der BVG auf
61 Strafanzeigen verzichten, wie es andere Kommunen bereits tun.

62 **Reform des Strafbefehlsverfahrens**

63 Strafbefehle sollen nicht mehr gegen Wohnungslose erlassen werden.

64 **Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen**

65 Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann, darf nicht ins Gefängnis müssen. Eine
66 Bundesratsinitiative soll die Ersatzfreiheitsstrafe in solchen Fällen beenden,
67 auch zur Entlastung der Berliner Justizvollzugsanstalten.

68

69

70 **Zugang zur Justiz für alle**

71

72 Um mehr Menschen Zugang zu kostenloser Rechtsberatung zu gewähren, braucht es
73 die Erhöhung der Einkommens- und Vermögensgrenzen sowie die Vereinfachung des
74 Antragsverfahrens für die Beratungshilfe. Zudem müssen zivilgesellschaftliche
75 Beratungsangebote stärker gefördert werden.

- 76 Zugang zur Justiz für alle
- 77 Menschen mit geringen finanziellen Mitteln brauchen kostenlosen Rechtsbeistand,
78 insbesondere in Mietsachen, Sozial- und Arbeitsrecht.
- 79 Verbandsklagerecht gegen strukturelle Diskriminierung
- 80 Qualifizierte Organisationen müssen die Möglichkeit erhalten, im Namen von
81 Betroffenen gegen Diskriminierung zu klagen.
- 82 Abschaffung der „Kirchenklausel“ im AGG
- 83 Religiöse Institutionen dürfen nur noch dort von Diskriminierungsschutz
84 ausgenommen sein, wo es unmittelbar mit der zusammenhängt.
- 85
- 86 Situation von Betroffenen sexualisierter Gewalt verbessern
87 Wir prüfen, wie Betroffene sexualisierter Gewalt beispielsweise durch moderne
88 Befragungsmethoden, der Einrichtung spezialisierter Abteilungen innerhalb der
89 Staatsanwaltschaft sowie einer engen Kooperation zwischen Gerichten Justiz,
90 Polizei, medizinischen Einrichtungen und Beratungsstellen besser unterstützt und
91 entlastet werden können.
- 92 ---
- 93 Bürger*innenrechte
- 94 Stärkung der Grundrechte
- 95 Demokratische Teilhabe muss gefördert und staatliche Überwachung begrenzt
96 werden. Wir lehnen Maßnahmen ab, die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken.
97 Wir fordern die Aufnahme des Merkmals der sexuellen Identität in Artikel 3 des
98 Grundgesetzes
- 99 Schutz von Whistleblowern und investigativem Journalismus
- 100 Wir setzen uns für besseren Schutz von Menschen ein, die Missstände aufdecken,
101 und stärken die Pressefreiheit.
- 102 Wahlrecht für alle
- 103 Wir fordern die Absenkung des Wahlalters auf 0 Jahre. 16 war ein großer Erfolg,
104 aber nur ein erster Schritt in Richtung Wahlalter 0. Diesem wollen wir einen
105 weiteren Schritt näher kommen und fordern das Wahlrecht ab 12. Wir fordern das
106 Wahlrecht für alle. Dafür wollen wir mit Expert*innen Wege finden, dass auch
107 nicht-deutsche Staatsbürger*innen eine Stimme bei Wahlen abgeben können.
- 108 Repräsentation durch Sorgeberechtigte
- 109 Da Kleinkinder nicht selbst wählen können, sollen Sorgeberechtigte bis zu einem
110 bestimmten Alter das Wahlrecht treuhänderisch ausüben. Sobald ein Kind den
111 Wunsch äußert, selbst zu wählen, soll es sein Stimmrecht übernehmen können.
- 112 Antidiskriminierungsschutz für staatliches Handeln
- 113 Diskriminierungsschutz muss sich auf alle Bereiche der öffentlichen Gewalt
114 erstrecken, nicht nur auf soziale Sicherheit, Bildung und Beamtenverhältnisse.
- 115 Verlängerung der Fristen für Diskriminierungsklagen

116 Gerade in arbeitsrechtlichen Diskriminierungsfällen müssen Betroffene mehr Zeit
117 haben, ihre Rechte durchzusetzen.

118 ---

119 Datenschutz

120 Eine moderne und verlässliche Verwaltung für junge Menschen

121 Erweiterung der Datenschutzrechte

122 Bürger*innen müssen ein starkes Recht auf ihre persönlichen Daten haben,
123 einschließlich des Rechts auf Löschung. Nachrichtendienste und
124 Datenschutzbehörden müssen unabhängig kontrolliert werden.

125 Die Verwaltung und staatliche Behörden sind der direkte Kontaktpunkt von
126 Berliner*innen und der Politik im Alltag. Daraus ergibt sich eine besondere
127 Bedeutung der Verwaltung: Wir haben einen Anspruch auf eine funktionierende und
128 transparente Verwaltung, die unsere Grundrechte wahrt und durchsetzt. Wir wollen
129 eine Verwaltung, die den Menschen und ihren Anliegen dient. Dafür braucht die
130 Verwaltung mehr Personal und Gelder, klar definierte Aufgaben und
131 Zuständigkeiten, wie auch zweckmäßige und grundrechtskonforme Möglichkeiten zur
132 Erhebung, -verwendung, und -verarbeitung von Daten und sie untereinander
133 mitzuteilen. Es ist frustrierend, wenn man für einen neuen Personalausweis oder
134 eine Meldebescheinigung immer noch ewig warten und Urlaub nehmen muss. Politisch
135 engagierte ziehen sich aus ihren Communities zurück, wenn Ämter nur als
136 bürokratische Nein-Sager wahrgenommen werden. Rechtsruck und
137 Politikverdrossenheit haben damit ihre Wurzeln auch in einem Staat, der nicht
138 mit und für die Menschen arbeitet, sondern von oben herab belehrt und bestraft.
139 Die Kürzungspolitik von Schwarz-Rot bedeutet Stillstand und Überforderung in der
140 Verwaltung. Als GRÜNE JUGEND grenzen wir uns davon klar ab: Wir wollen eine
141 moderne, digitale Behörden auf Augenhöhe, die für die Menschen arbeitet, nicht
142 gegen sie.

143 Begrenzung staatlicher Überwachung

144 Wir fordern eine klare Absage an staatliche Überwachungsmaßnahmen die
145 Bürgerinnenrechte mehr schaden als nutzen. Für ein Berlin ohne Videoüberwachung,
146 biometrische Gesichtserkennung oder andere Überwachungstechnologien!
147 Wir denken digitale Sicherheit europäisch, quelloffen und grundrechtsorientiert.
148 Unsere Daten sind nur sicher, wenn wir in Europa diese souverän speichern,
149 verarbeiten und übermitteln können. Dafür braucht es eine demokratische digitale
150 Infrastruktur aus europäischer Hand, die uns schützt vor den Interessen weniger
151 Tech-Bosse und den zunehmenden Angriffen von autoritären Regimes. Diese
152 gemeinsame Infrastruktur erleichtert, Daten zwischen Behörden leichter und
153 sicherer teilen zu können: Das erleichtert Bürger*innen den Behördengang und die
154 Arbeit der Angestellten dieser Behörden und kostet beiden weniger Zeit; zudem
155 demokratisiert und vereinfacht es die Arbeit von Politiker*innen und
156 Aktivist*innen und die Forschung an Universitäten. Wir wollen europäische wie
157 Bundesinitiativen zu OpenSource weiterhin finanziell unterstützen und die
158 fantastische Eigeninitiative und Problemlösungsfähigkeit der OpenSource
159 Community durch öffentliche Ausschreibungen nutzen und fördern. Berlin soll eine
160 Vorreiterrolle bei einer solchen Implementierung und Förderung von OpenSource
161 spielen, denn nur eine demokratische digitale Souveränität kann unsere
162 Freiheitsrechte wahren.

163 Open Source in der Verwaltung

164 Die öffentliche IT-Infrastruktur muss auf Open-Source-Software setzen, um
165 Datenschutz und digitale Souveränität zu gewährleisten. Zudem muss sicher
166 gestellt werden, dass die Maintainer*innen der genutzten Open-Source-Software
167 (OSS) für ihr Engagement angemessen vergütet werden. Neben dem Bund müssen auch
168 die Länder Mittel für die Förderung von Open-Source-Software bereitstellen,
169 durch eine gemeinsame Mitfinanzierung von bereits bestehenden
170 Bundesförderprogrammen wie dem Sovereign Tech Fund. Kurzfristig streben wir an,
171 dass das Land Berlin hier eine Vorreiter*innenrolle übernimmt und gezielt Open-
172 Source-Software finanziell unterstützt. Langfristig sollen alle Bundesländer
173 Open-Source-Projekte strukturell fördern, um digitale Souveränität nachhaltig zu
174 sichern.

175 Schutz vor algorithmischer Diskriminierung

176 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, insbesondere Behörden, müssen
177 offenlegen, wann und wie KI-gestützte Entscheidungsverfahren eingesetzt werden.
178 Sie müssen nachweisen, dass ihre Algorithmen diskriminierungsfrei und DSGVO-
179 konform sind. Sie müssen ferner sicherstellen, dass KI-Arbeitsschritte eine
180 menschliche Kontrolle durchlaufen. Betroffene sind über den Einsatz zu
181 informieren, müssen Widerspruchsmöglichkeiten haben und bei Rechtsverletzungen
182 entschädigt werden. Ein öffentlich einsehbares KI-Register kann Transparenz
183 schaffen und die Kontrolle durch Zivilgesellschaft und Wissenschaft ermöglichen.

184 ---

185 Innenpolitik

186 Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit

187 Wir bekämpfen rechte Strukturen und Ideologien aktiv. Sichere Fluchtrouten, eine
188 solidarische Asylpolitik und die Entkriminalisierung von Hausbesetzungen bei
189 Leerstand sind für uns zentrale Anliegen.

190

191 Keine Erleichterung von Abschiebungen

192

193 Wir stellen uns gegen Maßnahmen, die Abschiebungen noch weiter erleichtern
194 sollen. Die zukünftige schwarz-rote Koalition im Bund plant den verpflichtend
195 beigestellten Rechtsbeistand bei drohender Abschiebung abzuschaffen. Der Senat
196 muss diesen deshalb für Verfahren in Berlin einführen. Zudem darf das Land
197 Berlin das Abschiebebegewahrsam nicht weiter ausweiten. Die Sicherheitsbehörden
198 müssen das Kirchenasyl in jedem Fall achten.

199 Antidiskriminierungsbildung als Pflichtprogramm

200 Alle öffentlichen Institutionen müssen verpflichtende Schulungen zu
201 Diskriminierung und Vielfalt durchlaufen.

202 Mehr Kontrolle über staatlich finanzierte Einrichtungen

203 Staatliche Finan

204 zierung nur mit Diskriminierungsschutz

205 Alle durch öffentliche Gelder geförderten Organisationen müssen dem
206 Antidiskriminierungsrecht unterliegen.

207 Reform des Verfassungsschutzes

208 Wir wollen eine Alternative zum Verfassungsschutz: Entweder eine vollständige
209 Abschaffung oder zumindest eine Trennung in einen geheimdienstlich arbeitenden
210 Teil und ein Institut, das nur mit öffentlichen Quellen arbeitet.

211 Verfassungsschutz abschaffen

212 Wir fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Stattdessen soll ein
213 öffentliches Institut, das mit öffentlich verfügbaren Quellen arbeitet, zur
214 Bewertung der Verfassungsfeindlichkeit von Organisationen errichtet werden. In
215 einem ersten Schritt soll dieses neben dem geheimdienstlich arbeitenden Teil des
216 Verfassungsschutzes errichtet werden, um beide Funktion zu trennen.

217 Konsequente Vereinsverbote gegen Rechtsextremismus

218 Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Gleichzeitig
219 fordern wir die Beantragung eines AfD-Verbotsverfahrens im Bundesrat.

220

221 Keine Regelabfrage beim Verfassungsschutz

222 Die Wiedereinführung der allgemeinen Regelabfrage beim Verfassungsschutz für
223 alle Bewerber*innen auf eine Verbeamtung lehnen wir ab. Der Nichtzulassung zum
224 Referendariat müssen enge Grenzen gesetzt sein, da diese einem Berufsverbot
225 gleichkommt.

226 ---

227 Beteiligung

228 Politische Teilhabe für alle

229 Mitbestimmungsrechte müssen unabhängig von Herkunft oder Status gefördert
230 werden. Bürger*innenbeteiligungsverfahren sollen hybrid (digital und aufsuchend)
231 ausgebaut und nicht nur auf Bauprojekte beschränkt bleiben.

232 Kinder- und Jugendparlamente in allen Bezirken

233 Alle Bezirke sollen für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes
234 Unterstützung erhalten. Diese müssen Rederecht und Antragsrecht in der BVV und
235 allen Ausschüssen erhalten.

236 Klimaräte für Berlin

237 Bürger*innen sollen in Klimaräten über klimapolitische Maßnahmen mitentscheiden,
238 um eine sozial gerechte Klimapolitik sicherzustellen. Für einen weiteren
239 Bürger*innenrat bietet sich das Thema Wärmewende bzw. Dekarbonisierung der
240 Wärmeversorgung an.

241 Bürger*innenhaushalte ausbauen

242 Mehr direkte Mitbestimmung über Finanzmittel auf Kiez- und Bezirksebene sowie
243 ein Ausbau von Schüler*innenhaushalten.

Beschluss Damit "die da oben" nicht abheben

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Parteien und Politiker*innen spielen eine wichtige Rolle in unser
2 parlamentarischen Demokratie. Viele Politiker*innen leisten eine deutlich-mehr-
3 als-40-Stunden-Woche und führen ihr Amt mit hohem Engagement aus. Dafür sollen
4 sie auch angemessen entlohnt werden. Gleichzeitig muss die Entschädigung der
5 Abgeordneten einen Bezug zur Realität der durchschnittlichen Bevölkerung haben
6 und müssen Regelungen für eine hohe Glaubwürdigkeit der Politik geschaffen
7 werden.

8 Parteispenden

9 Deshalb fordert die Grüne Jugend Berlin, dass Parteien wie bisher für ihre
10 vielfältigen Ausgaben staatlich gefördert werden sollen. Um die Glaubwürdigkeit
11 und den Wettbewerb der Parteien zu verbessern, sollen Unternehmensspenden an
12 Parteien verboten werden, dies gilt auch für indirekte Spenden wie das
13 'Sponsoring' von Parteitagen. Dabei muss sichergestellt werden, dass Unternehmen
14 nicht weiterhin Geld via Mittelspersonen an Parteien zukommen lassen. Hierfür
15 sollen Spenden natürlichen Personen auf das zehnfache ihres Monatseinkommens und
16 maximal 50.000 Euro pro Person und Jahr gedeckelt werden.

17 Entschädigung der Abgeordneten

18 Die Höhe der Abgeordnetendiäten soll zukünftig an das Medianeinkommen gekoppelt
19 werden. Konkret sollen Landespolitiker*innen das doppelte des Medianeinkommen
20 des jeweiligen Bundeslandes, Mitglieder des Bundestages das dreifache des
21 bundesweiten Medianeinkommens erhalten. So wird der großen Verantwortung und dem
22 hohen Arbeitsaufwand Rechnung getragen, aber gleichzeitig ein klarer Bezug zu
23 durchschnittlichen Einkommen hergestellt. Steuerfreie Spesen sollen auf ein
24 notwendiges Minimum begrenzt und in ein vernünftiges Verhältnis von Transparenz
25 und Praktikabilität gebracht werden. Und nicht zuletzt sollen Abgeordnete in das
26 gesetzliche Sozialversicherungssystem einzahlen. Bis zur Umsetzung
27 entsprechender Reformen fordern wir die Abgeordneten von Bündnis90/ Die Grünen
28 dazu auf, die Differenz zwischen der obigen Forderung und der tatsächlichen
29 Diätenhöhe zum Beispiel in die jeweiligen Haushalte, in zivilgesellschaftliche
30 Projekte oder an Bündnis90/ Die Grünen zu spenden.

31 Entschädigung der Bezirksverordneten

32 Auch die Entschädigungen der Bezirksverordneten müssen kritisch betrachtet
33 werden. Die Grüne Jugend Berlin fordert, dass die Entschädigung zukünftig nur
34 noch 10% (aktuell: 15%) der AGH-Diäten zuzüglich der Sitzungsgelder betragen
35 soll. Erhöhte Entschädigung durch herausgehobene Tätigkeiten (Vorsteher*in,
36 Fraktionsvorsitzende) sollen zukünftig maximal das 2-fache der
37 Grundentschädigung betragen. Die dadurch frei werdenden Mittel sollen in den
38 Bezirken verbleiben. Wir wissen, dass Mandatsabgaben von Bezirksverordneten ein
39 zentrales Finanzierungsinstrument der Kreisverbände sind. Im Zuge einer

40 tatsächlichen Absenkung der Entschädigung müssen deshalb auch innerparteilich
41 für eine andersgelagerte Finanzierung Lösungen gefunden werden.

42 Nebeneinkünfte von Abgeordneten

43 Die Grüne Jugend Berlin fordert ein grundsätzliches Verbot aller nicht-
44 mandatsbedingten Nebeneinkünfte für Abgeordnete. Alle Parlamente auf Landesebene
45 oder höher sind Vollzeitparlamente. Ein Nebenjob ist zeitlich nicht umsetzbar,
46 wenn das Mandat Ernst genommen wird und erweckt Zweifel an der Integrität.

47 Amts- und Mandatstrennung

48 Die Grüne Jugend Berlin fordert eine konsequente Trennung von Amt und Mandat,
49 auch in Bezug auf Parteiämter.. Abgeordnete dürfen aus kapazitären und
50 demokratiethoretischen Gründen nicht gleichzeitig Teil der Exekutive und der
51 Legislative sein. Bündnis 90/ Die Grünen sollte für Mitglieder in
52 Regierungsverantwortung Unterstützungsangebote zur Wahrnehmung ihrer
53 Parteitätigkeiten bereitstellen.

Beschluss Sicher, bezahlbar und bequem unterwegs: Gute Mobilität für alle!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Wir alle brauchen gute Mobilität. Täglich gehen oder fahren wir zum Einkaufen,
2 zur Arbeit, zur Schule oder zu Freund*innen. Alle wünschen sich, dass wir diese
3 Wege möglichst einfach, sicher und bequem zurücklegen können. Doch dutzende
4 Baustellen, rasende Autos und eine kaputt gekürzte Infrastruktur machen das oft
5 schwer.

6 Als GRÜNE JUGEND Berlin sind wir davon überzeugt, dass eine sichere und
7 bezahlbare Mobilität für alle möglich ist und wollen deshalb gemeinsam dafür
8 eintreten.

9 Busse und Bahnen für alle!

10 Ohne die Beschäftigten der BVG sowie die Beschäftigten der S-Bahn Berlin fährt
11 in Berlin weder ein Bus, S-Bahn noch eine Straßenbahn. Deshalb müssen die
12 Beschäftigten für ihre wichtige Arbeit anständig entlohnt werden. Neben guten
13 Löhnen braucht es auch gute Arbeitsbedingungen wie saubere Toiletten,
14 ausreichend Zeit an den Wendestellen, damit die Fahrer*innen ausreichend Pause
15 machen können oder Ampelschaltungen, die auf den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV)
16 ausgelegt sind. Da der Job als Fahrer*in gerade in einer Großstadt wie Berlin
17 sehr viel Konzentration benötigt, ist es wichtig, dass die Fahrer*innen
18 mindestens 14 Stunden Zeit zwischen ihren Schichten haben und das Blockmodell
19 zum Standard wird. Um die Arbeitsbedingungen bei der BVG attraktiver zu machen,
20 sollen außerdem wieder Betriebswohnungen mit bezahlbaren Mieten gebaut und
21 Kinderbetreuung in Laufnähe der Betriebshöfe eingerichtet werden. Solange diese
22 Angebote nicht bestehen, braucht es kostenlose Parkplätze für die Beschäftigten
23 an den Ablösepunkten, da viele Beschäftigte mittlerweile gezwungen sind, lange
24 Arbeitswege auf sich zu nehmen.

25 Der ÖPNV muss Vorrang haben, denn er ist die sicherste Fortbewegungsmöglichkeit
26 und kann von fast allen Menschen genutzt werden. Das bedeutet zum Beispiel
27 eigene Busspuren und dass Störungen an Ampeln, Weichen oder den Gleisen zeitnah
28 repariert werden.

29 Damit er noch für mehr Menschen zu einer echten Option wird, muss der ÖPNV
30 gerade in den Außenbezirken ausgebaut und die Taktung mindestens auf einen 10-
31 min-Takt erhöht werden. Gerade im Osten der Stadt brauchen wir mehr
32 Mobilitätsangebote innerhalb der Kieze - mit neuen Verbindungen, Taktungen und
33 neuen Straßenbahn-, Bus- und S-Bahnverbindungen. Auch die Verlängerung
34 bestehender S- und U-Bahnlinien muss für eine bessere Anbindung der Außenbezirke
35 mitgedacht werden - nur so können wir eine gute Anbindung garantieren ohne lange
36 Umsteigezeiten zu riskieren. Es braucht eine langfristige Betrachtung und ein
37 Konzept, wo neue U-Bahnlinien sinnvoll sind und langfristig geplant werden
38 sollten. Um die letzte Strecke von Straßenbahn, S- oder U-Bahn zu verkürzen,
39 soll das Nachtbusnetz sowie Angebote für Rufbusse, besonders in Außenbezirken,
40 ausgebaut werden. Nur so können wir gerade älteren und in der Mobilität
41 eingeschränkten Menschen Teilhabe und Mobilität ermöglichen.

42

43 Viele FINTA*-Personen fühlen sich nachts im ÖPNV unsicher. Um ihre Mobilität zu
44 gewährleisten, fordern wir:

45

46

47 Nachttaxi extra für FINTA*-Personen, um eine sichere Heimfahrt zu ermöglichen.
48 Mehr Nachtbuslinien und dichtere Takte für eine bessere Erreichbarkeit außerhalb
49 der Hauptverkehrszeiten.

50

51 Hilfenknöpfe in Bahnen und an Haltestellen, die mit geschultem Hilfspersonal
52 verbunden sind.

53 Mobilität für Berlin und Brandenburg

54

55 Wir wollen allen Berliner*innen die Möglichkeit geben, sich bequem, zuverlässig
56 und sicher ohne Auto in der Stadt zu bewegen. Dafür braucht es ein
57 leistungsfähiges Netz aus U-Bahnen, S-Bahnen, Trams und Express-Bussen. Alle
58 Berliner*innen müssen an die Schiene angebunden sein. Neben guten Verbindungen
59 ins Zentrum legen wir besonderen Fokus auf leistungsfähige Querverbindungen
60 zwischen den Bezirken.

61

62 Doch Mobilität endet nicht an der Stadtgrenze. Berlin ist eine wachsende Stadt
63 in einer dynamischen Hauptstadtregion. Immer mehr Menschen pendeln täglich
64 zwischen Berlin und Brandenburg. Deshalb müssen beide Bundesländer ihre enge
65 Zusammenarbeit beim Ausbau des S- und Regionalbahnnetzes fortsetzen. Die
66 Maßnahmen des Projekts i2030 müssen zügig umgesetzt werden, bestehende Strecken
67 – wie der Südring – brauchen eine Elektrifizierung und den Ausbau zu einem
68 dichten Regionalbahnnetz mit kürzeren Fahrzeiten. Neue Regionalbahnhöfe an
69 wichtigen Umsteigepunkten sollen zudem die Regionalbahn als schnelle
70 innerstädtische Verbindung in den Berliner Nahverkehr integrieren.

71

72 Unser Ziel ist eine klimafreundliche, bezahlbare und zuverlässige Mobilität für
73 Berlin und Brandenburg – damit alle Menschen sicher und bequem ans Ziel kommen.

74 Der ÖPNV muss barriereärmer werden. Bis 2030 sollen an alle S- und U-Bahnhöfen
75 Fahrstühle vorhanden sein. Gehen sie kaputt, muss ihre schnellstmöglichste
76 Reparatur Priorität haben. Außerdem braucht es mehr Platz für Kinderwagen,
77 Rollstühle und Fahrräder im ÖPNV. Bushaltestellen müssen Umsteigehilfen und
78 barrierefreie Beschilderung, sowie auditive Anzeigen für Blinde und
79 Sehbehinderte und weitere Angebote für eine ganzheitlichen barrierearmen ÖPNV
80 bieten. Keine Umleitungen über Schotterwege, reine Feldwege oder gepflasterte
81 Wege mit Sandabschnitten.

82 Alle neuen und umgerüsteten Fahrzeuge im Berliner ÖPNV sollen elektronische
83 Rampen erhalten, die automatisch ausklappen, wenn Menschen mit
84 Mobilitätseinschränkungen, Kinderwagen oder Rollatoren einsteigen. So wird
85 sichergestellt, dass auch an Haltestellen ohne Hochbahnsteig oder Aufzug ein
86 barrierefreier Zugang besteht.

87

88 Zudem fordern wir:

89 • Kopfsteinpflasterstraßen und grob zugeteerte Straßenübergänge durch
90 glattere Pflastersteine mit wasserdurchlässiger Oberfläche zu ersetzen.

91 • Abgesenkte Bordsteine an allen Zebrastreifen und Straßenübergängen
92 verpflichtend einzuführen.

93 Die Barrierefreiheit muss sichtbarer gemacht und stärker ins Bewusstsein gerückt
94 werden. Daher fordern wir eine Aufklärungskampagne:

95 • Informationsveranstaltungen in Schulen, bei Führerscheinprüfungen und
96 Fahrradtrainings, um das Bewusstsein für barrierefreie Mobilität zu
97 schärfen.

98 • Klare Kennzeichnung barrierefreier Routen und Haltestellen im ÖPNV

99 Fahrgäste sowie Beschäftigte der BVG sollen regelmäßig die Möglichkeit bekommen,
100 ihre Bedarfe anzumelden.

101 Der ÖPNV muss für alle bezahlbar sein. Deshalb setzen wir uns als GRÜNE JUGEND
102 Berlin für einen einkommensabhängigen umlagefinanzierten ÖPNV ein. Kinder und
103 Jugendliche sollen damit automatisch kostenlos mitfahren dürfen, sowie alle
104 anderen ohne steuerpflichtiges Einkommen. Idealerweise soll das mit anderen
105 Ländern koordiniert werden, sodass für andere Länder die gleichen Konditionen
106 gelten.

107 Klar ist: für einen gut funktionierenden und ausgebauten ÖPNV braucht es mehr
108 Geld! Das die CDU gerade hier kürzt, ist eine Frechheit. Die BVG muss noch mal
109 deutlich besser finanziell ausgestattet werden.

110 Macht endlich die Fußwege sicher!

111 Egal ob auf dem Weg zum Einkauf, zur Schule, zur U-Bahnstation oder zum Auto:
112 Alle Verkehrsteilnehmer*innen nutzen Fußwege. Immer breitere Autostraßen haben
113 vor allem das Zufußgehen immer anstrengender, enger und gefährlicher gemacht.
114 Damit muss Schluss sein! Wir brauchen sichere und breite Gehwege sowie mehr
115 sichere Fußgänger*innenüberquerungen. Bordsteine müssen überall so abgesenkt
116 werden, dass sie barrierearm werden und Gehwege so breit gestaltet werden, dass
117 sie auch für Kinderwagen oder Rollatoren nutzbar sind. Dafür muss unser
118 Straßenraum wieder umverteilt werden. Nur so können Unfälle und Konflikte
119 zwischen Radfahrenden, Fußgänger*innen und Gewerbebetreiber*innen vermieden
120 werden. Wir müssen unsere Straßen neu denken, bei Bedarf Parkplätze abschaffen
121 und Fahrstreifen umwidmen. Die Einrichtung von Kiezblöcken ist dafür ein
122 zentraler Bestandteil. Langfristig wollen wir eine möglichst autofreie Stadt.

123 Dazu gehört auch, dass Parkuhren wieder von Gehwegen entfernt werden, die
124 Reinigung von Gehwegen im Winter Priorität hat und für ihre konsequente Räumung
125 mehr Personal eingestellt wird. Gerade vor Schulen und Kindergärten braucht es
126 Tempo-20-Zonen und sichere Fußgänger*innenübergänge.

127 Durchgängige Fahrradinfrastruktur auch für die Außenbezirke!

128 Das Netz an Fahrradwegen muss weiter ausgebaut werden. Gerade an Bezirksgrenzen
129 braucht es dafür eine bessere Zusammenarbeit. Um das Fahrradfahren attraktiver
130 zu machen brauchen wir mehr sichere und breite Radwege , Radschnellwege sowie
131 Fahrradstraßen, bei denen Fahrradfahrer*innen Vorrang haben und der Grüne Pfeil
132 für Radfahrer*innen an möglichst vielen passenden Stellen eingeführt wird.

133 Außerdem fordern wir mehr Pedelecs und E-Lastenräder Angebote, sowie
134 Förderprogramme für Studis und Azubis für den Kauf von Pedelecs. Bike-Sharing
135 Angebote müssen auch endlich in Außenbezirken flächendeckend angeboten werden.

136 Um Sicherheit im Straßenverkehr zu gewährleisten, braucht es neben sicheren
137 Fahrradwegen auch mehr Angebote, das sichere Fahrradfahren zu erlernen. Dafür
138 müssen die Jugendverkehrsschulen finanziell besser ausgestattet sein und für
139 alle Altersgruppen passende Angebote bieten. Begleitet werden soll das durch
140 eine Kampagne für mehr Sicherheit im Radverkehr.

141 Klimaneutraler Lieferverkehr

142 Der Schienenverkehr soll eine zentrale Rolle in der Versorgung Berlins
143 einnehmen. Logistikzentren und Gewerbegebiete müssen einen Bahnanschluss
144 bekommen und durch diesen einen Großteil ihrer Waren beziehen können.
145 Bahnanschlüsse müssen deshalb für neue Gewerbegebiete geplant und bei
146 bestehenden Gebieten reaktiviert werden. Innerhalb der Stadt müssen Lastenräder
147 eine zentrale Rolle beim Lieferverkehr einnehmen. Elektrische Kleintransporter
148 dürfen nur in unausweichlichen Fällen eingesetzt werden.

149 Die Mobilitätswende schaffen wir nur gemeinsam!

150 Es gibt Menschen in Berlin, die auf ein Auto angewiesen sind. Ziel muss es sein,
151 die Zahl derer auf ein Minimum zu verkleinern. Menschen, die langfristig auf ein
152 Auto angewiesen sein werden, müssen dabei unterstützt werden ein E-Auto zu
153 erwerben. Außerdem muss eine entsprechende Ladeinfrastruktur ausgebaut werden.

154 Damit Menschen auf den ÖPNV umsteigen, muss dieser attraktiver werden. Mit guten
155 Bürger*innenbeteiligungsformate auf Bezirks- und Landesebene muss ermöglicht
156 werden, dass verschiedenen Bedürfnisse in dem Prozess hin zu einer echten
157 Mobilitätswende miteinfließen.

158 Wir brauchen ein Konzept, wie der Autoverkehr Stück für Stück reduziert werden
159 kann, das gemeinsam mit der Zivilgesellschaft in aufsuchender Beteiligung
160 erarbeitet wird. Zentral ist zum Beispiel die Ausweitung von Carsharingangeboten
161 auf die Außenbezirke, damit weniger Autos gebraucht werden.

162 Das aktuell ein Großteil aller Berliner Parkplatzflächen für Autos kostenlos
163 nutzbar ist, ist eine ungerechte Subventionierung gegenüber dem ÖPNV und führt
164 zu einer enormen Förderung des Autoverkehrs. Für Menschen, die nicht nachweisen,
165 dass sie auf das Auto aus gesundheitlichen oder gewerblichen Gründen angewiesen
166 sind, muss flächendeckend eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden. Die
167 Umwidmung von öffentlichen Parkplätzen soll nach Kopenhagener Modell zugunsten
168 von Carsharing-Parkplätzen, Ladestationen, Fahrradabstellplätzen sowie
169 Sitzgelegenheiten geschehen.

170 Ehemalige Autobesitzer*innen sollen abhängig vom Kaufpreis eine einmalige
171 Geldsumme gutgeschrieben bekommen, die sie entweder für ein ÖPNV-
172 (Familien)ticket, stationäres Car-Sharing, Bike-Sharing oder den Kauf eines

173 Fahrrads, Lastenrads oder E-Bikes nutzen können. Neu geplante Kieze und
174 Quartiere müssen ab sofort möglichst autoarm mit dem Vorbild der Stadt der
175 kurzen Wege geplant werden. Wichtige Infrastruktur, wie Spielplätze, Parks,
176 Grundschulen oder Kitas sind fußläufig zu erreichen und bieten öffentlichen Raum
177 zur Erholung. Nur wenn sowohl in der Planung von Kiezen, als auch in der
178 allgemeinen verkehrspolitischen Strategie einfache Kombinationen von
179 verschiedenen, umweltfreundlichen Verkehrsmitteln im Zentrum stehen, können
180 diese eine attraktive Alternative darstellen. Außerdem setzen wir uns für eine
181 flächendeckende Einführung von Tempo 30 Zonen und Spielstraßen ein.

182 Da neue Autostraßen immer zu mehr Autoverkehr führen, setzen wir uns gegen den
183 Weiterbau der A100 sowie der TVO ein. Wir lassen nicht zu, dass Autostraßen
184 Clubs, Wohnungen, die Wuhlheide oder wichtige soziale Infrastruktur zerstören.
185 Ebenso müssen wir Relikte der autogerechten Stadt überdenken. Wir befürworten
186 den Rückbau der A104, der Potenzial für Wohnungsbau bietet. Dieser muss vor
187 allem sozial und bezahlbar gestaltet werden.

188 Flugverkehr unattraktiv machen

189 Menschen, die in der Einflugschneise vom BER wohnen, leiden enorm unter dem
190 ständigem Fluglärm. Damit ihnen zumindest eine ruhige Nacht gegönnt ist, setzen
191 wir uns dafür ein, dass das Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ausgeweitet wird.
192 Berlin soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass kommerzielle
193 Kurzstreckenflüge innerhalb Deutschlands langfristig verboten werden.
194 Gleichzeitig muss der Ausbau von Bahnstrecken von und nach Berlin konsequent
195 vorangetrieben werden, damit die Bahn durch Aus- und Neubau sowie mehr
196 Nachtzügen – insbesondere durch Aus- und Neubau sowie mehr Nachtzüge – zur zum
197 günstigsten und attraktivsten Mobilitätsoption wird.
198 Während der Flugsport weiterhin erlaubt bleiben soll, dürfen große Privatjets
199 nicht länger auf Kosten unserer Zukunft die Klimakrise anheizen. Deshalb fordern
200 wir ein Verbot großer Privatjets am BER!

Beschluss Keine abgeschirmten Massenunterkünfte in Berlin! Für ein menschenwürdiges Ankommen und Wohnen für Geflüchtete

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

- 1 Weg mit dem Ankunftszentrum Tegel!
- 2 Die Bedingungen, unter denen geflüchtete Menschen in Berlin ankommen und leben
- 3 müssen sind beschämend.
- 4 In den letzten Monaten haben investigative Recherchen die massiven Missstände im
- 5 Ankunftszentrum Tegel (TXL) aufgedeckt. Diese Missstände müssen unverzüglich
- 6 beendet werden. Menschen leben über Monate, teils schon über ein Jahr in einer
- 7 Massenunterkunft, in der sie keine Privatsphäre und kaum Schlaf finden. Sie sind
- 8 abgeschnitten von der Stadt und jeder Würde und Selbstständigkeit beraubt.
- 9 Bewohner*innen berichten von ständiger Angst, massiver mentaler Belastung,
- 10 fehlenden Hilfsangeboten und Übergriffen durch das Sicherheitspersonal.
- 11 Unfähigkeit und/oder Unwillen der Berliner Behörden erschwert es den
- 12 Bewohner*innen, eigenen Wohnraum und Erwerbsmöglichkeiten zu finden. Mindestens
- 13 175 Kinder in TXL konnten im vergangenen Jahr keine Schule besuchen.
- 14 Darüber hinaus muss es eine konsequente Aufarbeitung dessen geben, wie es zu den
- 15 inakzeptablen Zuständen in TXL kommen konnte. Der Senat muss die Verträge
- 16 zwischen Senat und der Betreiberin offen legen und die Taktik der Geheimhaltung
- 17 beenden!
- 18 Wir fordern die grüne Partei auf, alle politischen und parlamentarischen Mitteln
- 19 zur Aufarbeitung zu nutzen.
- 20 Wir fordern konkret zur Behebung der Missstände in TXL:
- 21 - Die Verträge zwischen Senat und der Betreiberin müssen offengelegt werden
- 22 - Geflüchtetenorganisationen, Journalist*innen und Abgeordnete müssen dauerhaft
- 23 Zugang zu TXL erhalten
- 24 - Es braucht geeignete Räume und Ausstattung für die vor Ort tätigen
- 25 Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen, besonders im Gesundheitswesen
- 26 - Sanitäranlagen müssen ausreichend gepflegt und die Hygienestandards regelmäßig
- 27 durch die Betreiberin kontrolliert werden
- 28 - Es braucht besondere Schutzkonzepte und -räume für vulnerable Gruppen wie
- 29 Kinder, Jugendliche und FINTA*
- 30
- 31 - Es braucht verbesserte Unterbringung und möglichst barrierefreie Räume für
- 32 Menschen mit Behinderung und/oder chronischer Krankheit
- 33 - provisorisch muss der Schulunterricht für Kinder und Jugendliche vor Ort
- 34 gewährleistet werden und für Personen, die weiterführende Schulen,
- 35 Ausbildungsstätten und Universitäten besuchen muss es ausreichend geeignete
- 36 Lernräume geben.

37 Abgeschirmte Massenunterkünfte sind keine Lösung, sondern vollkommen ungeeignet
38 für die Aufnahme geflüchteter Menschen. Daher fordern wir, dass das
39 Ankunftszentrum Tegel so schnell wie möglich geschlossen wird. Wir fordern den
40 Berliner Senat auf, einen konkreten und bindenden "Exit-Plan" zur schrittweisen
41 Schließung von TXL vorzulegen.

42 Gemeinschaftsunterkünfte müssen echte Willkommenszentren werden!

43 Stattdessen brauchen wir dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten und -strukturen,
44 die eine optimale Versorgung, Betreuung und Beratung von Geflüchteten
45 sicherstellen. Gemeinschaftsunterkünfte sollten in den Kiezen verankerte Orte
46 sein, die geflüchteten Menschen mehr bieten als nur eine Unterkunft. Sie müssen
47 Willkommenszentren für den Start in ein neues Leben werden.

48 Dazu fordern wir konkret:

49 - Verbindliche bezirkliche Qualitätsstandards für Gemeinschaftsunterkünfte

50 - die Unterbringungskapazitäten müssen kinder- und jugendgerecht ausgebaut und
51 der Schulbesuch ab dem ersten Tag und unabhängig des Aufenthaltsstatus
52 sichergestellt werden

53 - geeignete Räume und Betreuungspersonal für geflüchtete Mädchen

54 - Therapeutische Angebote müssen ausgebaut werden und ausreichend für alle
55 Ankommenden zur Verfügung stehen - besonders für Kinder und Jugendliche

56 - Einen Ausbau des MUF-Programms und die Erschließung weiterer geeigneter
57 Flächen in den Bezirken

58 - Eine Aufstockung und langfristige Verstetigung der bezirklichen
59 Integrationsfonds, damit wichtige Projekte in den Kiezen Planungssicherheit
60 haben

61 - Eine Verstetigung des BENN-Programms

62
63 - Ein frühzeitiger und niedrighschwelliger Zugang zu unabhängiger juristischer,
64 psychologischer und Sozialberatung für alle Asylbewerber*innen und Geflüchtete
65 in allen Phasen des Verfahrens muss Anspruch und Mindeststandard unseres Rechts-
66 und Sozialstaats sein

67 Wohnraum für Alle! Wohnungsnot von Geflüchteten beenden!

68 Gemeinschaftsunterkünfte können allerdings nur ein Angebot für die ersten Monate
69 nach der Ankunft von Geflüchteten sein. Für ein selbstbestimmtes Leben für alle
70 in dieser Stadt brauchen wir Wohnraum.

71 Es ist völlig inakzeptabel, dass anerkannte Geflüchtete Jahre in Gemeinschafts-
72 unterkünften verbringen, weil sie keinen privaten Wohnraum finden.

73 Berlin braucht eine verpflichtende Strategie zur Beendigung der Wohnungsnot in
74 der Stadt, die Geflüchtete ebenso wie andere von Wohnungslosigkeit bedrohte
75 Gruppen mit einschließt. Zu dieser Strategie müssen zwingend folgende Maßnahmen
76 gehören

77
78 - die Umsetzung des Volksentscheides "DW & Co." enteignen
79 - eine flächendeckende Leerstandsanalyse von freien Wohnräumen, als auch solchen

- 80 Räumen (z.B leerstehende Büros), welche zu Wohnungen umfunktioniert werden
81 können.
82 - die wirksame Bekämpfung zur Sanktionierung von Leerstand
83 - ein bundesweiter Mietendeckel
84 - der Ausbau von Housing-First-Projekten
85 - eine migrationspezifische Mieter*innenberatung

Beschluss Keine Stadt ohne Kultur

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Berlin ist weltweit als lebendige, vielfältige Stadt bekannt, in der die Kultur
2 eine zentrale Rolle spielt. Doch besonders dieser Bereich ist von den Kürzungen
3 des schwarz-roten Senats besonders betroffen. Kultur ist immer wichtig für den
4 gesellschaftlichen Austausch und Zusammenhalt, besonders in schwierigen Zeiten
5 wie diesen.. Umso wichtiger ist es, Kultur in der nächsten Legislatur wieder
6 ernst zu nehmen und Strukturen wieder aufzubauen und zu stärken.

7 Kulturelle Angebote müssen wohnortnah und für alle zugänglich sein, um eine
8 gerechte Teilhabe zu ermöglichen. Die Berliner Kultur muss diverser und
9 inklusiver werden, sowohl in ihrer Struktur als auch in ihrer Förderung, um die
10 unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen widerzuspiegeln. Dazu gehört auch
11 die kritische Auseinandersetzung mit kolonialem Erbe und die Rückgabe von
12 Raubkunst.

13 Kultur ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein sozialer und
14 politischer Faktor. Sie trägt zur Identität der Stadt bei und bietet Raum für
15 gesellschaftlichen Austausch und Diskussion. In dieser Hinsicht sind Clubkultur
16 und kulturelle Bildung genauso wichtig wie die Unterstützung von
17 Klimaschutzinitiativen innerhalb der Kulturbranche.

18 Die folgenden Forderungen skizzieren, wie eine zukunftsfähige, gerechte und
19 nachhaltige Kulturpolitik für Berlin aussehen kann, die die Bedürfnisse der
20 Kulturschaffenden und der Stadtgesellschaft berücksichtigt.

21 Freie Kulturszene

22 Ein großer Teil der Berliner Kulturschaffenden ist nicht in institutionell
23 geförderten Einrichtungen angestellt, sondern arbeitet in der Freien Szene.
24 Diese Szene umfasst eine Vielzahl von Künstler*innen, Kreativen und
25 Kulturschaffenden, die unabhängig und flexibel in verschiedenen Bereichen wie
26 Theater, Musik, bildende Kunst, Literatur, Tanz und anderen kulturellen
27 Disziplinen tätig sind. Anders als die großen, oft staatlich unterstützten
28 Kulturinstitutionen sind sie meist auf kurzfristige Projekte, Eigenfinanzierung
29 und wenig vorhersehbare Einkommensquellen angewiesen.

30 Die Kulturförderung muss flexibler, unbürokratischer und bedarfsgerechter
31 werden, um dieser Realität gerecht zu werden. Das bedeutet, dass
32 Antragsverfahren vereinfacht und die Fördermittel dort eingesetzt werden müssen,
33 wo sie am dringendsten benötigt werden. Es darf nicht sein, dass
34 Kulturschaffende aufgrund komplexer Antragsprozesse oder starrer Förderkriterien
35 auf der Strecke bleiben. Eine flexiblere Förderung würde es den Akteur*innen der
36 freien Szene ermöglichen, ihre Projekte schneller und mit weniger bürokratischem
37 Aufwand umzusetzen, sodass kreative Ideen ohne unnötige Hindernisse realisiert
38 werden können. Ebenso sollten Fördermittel gezielt an die spezifischen
39 Bedürfnisse der Freien Szene angepasst werden, wie etwa die Förderung von
40 Netzwerkbildung und die Stärkung von unabhängigen Strukturen und

41 Landesverbänden. Nur so kann die Vielfalt und Dynamik der Berliner
42 Kulturlandschaft in ihrer ganzen Breite erhalten bleiben.

43 Zentrale Forderungen:

- 44 • Erhöhung der Fördermittel und schnellere Bereitstellung
- 45 • Aufbau eines großen Raumpools für Kunstschaffende und die Förderung
46 unabhängiger Strukturen
- 47 • Zielgerichtete Unterstützung von kreativen Netzwerken

48 Transparenz in der Kulturförderung

49 Die Berliner Kulturförderung muss unbürokratisch und nachvollziehbar gestaltet
50 werden, um allen Kulturschaffenden gleichermaßen den Zugang zu ermöglichen.
51 Derzeit sind die Antragsverfahren oft komplex, und die Anforderungen für die
52 Beantragung von Fördermitteln können schwer verständlich und übermäßig
53 formalisiert sein. Dies stellt insbesondere kleinere Projekte und unabhängige
54 Kulturschaffende vor große Herausforderungen, da sie oftmals über wenig
55 administrative Ressourcen und Erfahrung im Umgang mit solchen Verfahren
56 verfügen.

57 Es ist daher wichtig, die Antragsprozesse deutlich zu vereinfachen und
58 transparenter zu gestalten. Die Förderkriterien sollten klar und verständlich
59 kommuniziert werden, damit die Antragsteller*innen genau wissen, welche
60 Voraussetzungen erfüllt sein müssen und welche Kriterien bei der Auswahl der
61 Förderprojekte berücksichtigt werden. Ein transparentes System würde auch
62 bedeuten, dass die Gründe für die Annahme oder Ablehnung eines Antrags
63 nachvollziehbar sind und nachvollzogen werden können.

64 Darüber hinaus sollte der gesamte Prozess der Kulturförderung von der
65 Antragstellung bis hin zur Mittelvergabe möglichst schnell und effizient
66 ablaufen. Ein unbürokratischer Zugang zu Fördermitteln würde es
67 Kulturschaffenden ermöglichen, ihre Projekte ohne langwierige Verzögerungen und
68 Unsicherheiten zu starten, was insbesondere für kurzfristige oder zeitkritische
69 kulturelle Vorhaben von großer Bedeutung ist.

70 Zentrale Forderungen:

- 71 • Vereinfachung der Antragsverfahren
- 72 • Klarere und verständlichere Förderkriterien
- 73 • Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen
- 74 • Schnelle und effiziente Mittelvergabe

75 Wohnortnahe Kultur

76 Wohnortnahe Kultur ist ein zentraler Bestandteil von inklusiven und lebendigen
77 Kiezen. Kulturelle Angebote direkt in der Nachbarschaft ermöglichen es den
78 Anwohner*innen, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund und ihrer
79 Mobilität, an kulturellen Aktivitäten teilzunehmen. Diese Form der
80 Kulturförderung schafft nicht nur Zugang zu kulturellen Erlebnissen, sondern

81 fördert auch den Austausch zwischen Kulturschaffenden und den Menschen, die in
82 einem bestimmten Stadtteil leben. In einem solchen Umfeld können sich kreative
83 Ideen entwickeln und gemeinsam mit den Bewohnerinnen des Kiezes an deren
84 Bedürfnissen und Wünschen orientiert werden.

85 Darüber hinaus trägt wohnortnahe Kultur aktiv zur Gestaltung und Identität der
86 jeweiligen Kieze bei. Sie ermöglicht es, öffentliche Räume zu beleben, das
87 soziale Miteinander zu stärken und einen Raum für Begegnung und Austausch zu
88 schaffen. Solche kulturellen Angebote können in vielen Formen auftreten – von
89 kleinen lokalen Ausstellungen und Konzerten bis hin zu größeren Kulturfesten
90 oder interaktiven Projekten, die den Stadtteil aktiv einbeziehen.

91 Die Förderung solcher Projekte ist besonders wichtig, um auch Menschen zu
92 erreichen, die möglicherweise keinen Zugang zu zentraleren, großen
93 Kultureinrichtungen haben. Hierdurch wird Kultur für alle zugänglich gemacht und
94 gleichzeitig ein Beitrag zur sozialen Kohäsion und zur Förderung eines
95 vielfältigen, bunten Stadtlebens geleistet.

96 Zentrale Forderungen:

- 97 • Kiezorientierte Kulturprojekte
- 98 • öffentliche Räume mehr für kulturelle Angebote öffnen
- 99 • Förderung von kulturellen Angeboten in den Kiezen

100 Diversität in der Kultur

101 Die Kulturpolitik in Berlin muss eine feministische und diversitätsorientierte
102 Perspektive einnehmen, um die Vielfalt der Gesellschaft widerzuspiegeln und
103 strukturelle Ungleichheiten abzubauen. Die Berliner Kulturlandschaft, sowohl in
104 den etablierten Institutionen als auch in der freien Szene, ist noch immer von
105 einer überwiegenden weißen, männlichen und heteronormativen Dominanz geprägt,
106 besonders in den Führungsetagen und in den Bereichen, die über Ressourcen und
107 Fördermittel entscheiden. Diese strukturellen Ungleichgewichte müssen aktiv
108 verändert werden, um die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerzuspiegeln und
109 allen Kulturschaffenden gleiche Chancen zu bieten.

110 Diversität in der Kultur bedeutet, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft,
111 Geschlechter, sexueller Orientierungen, sozialer Hintergründe und
112 Lebensrealitäten nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch in den
113 Entscheidungsprozessen vertreten sind. Dies gilt sowohl für die Zusammensetzung
114 von Teams in kulturellen Einrichtungen als auch für die Vergabe von
115 Fördermitteln. Es müssen verbindliche Zielvereinbarungen für mehr Diversität in
116 den Personalstrukturen von Kultureinrichtungen und -projekten eingeführt werden,
117 um Chancengleichheit zu gewährleisten. Ebenso sind
118 Antidiskriminierungsschulungen für Personalverantwortliche und
119 Entscheidungsträger*innen notwendig, um sicherzustellen, dass Diskriminierung
120 und Vorurteile aktiv abgebaut werden.

121 Um eine gerechtere und inklusivere Kulturpolitik zu erreichen, muss Diversität
122 als wesentliches Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln berücksichtigt
123 werden. Nur so können kulturelle Institutionen und Projekte geschaffen werden,

124 die wirklich alle Menschen erreichen und eine Kultur des Miteinanders und der
125 Anerkennung fördern.

126 Zentrale Forderungen:

- 127 • Verbindliche Zielvereinbarungen für mehr Diversität in Kultureinrichtungen
- 128 • Antidiskriminierungsschulungen
- 129 • Schwerpunktförderungen für FINTA*s und BIPOCs

130 Koloniales Erbe Berlins aufarbeiten

131 Deutschland muss endlich Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit
132 übernehmen, insbesondere im Hinblick auf die Raubkunst, die in vielen deutschen
133 Museen, einschließlich der Berliner Museen, ausgestellt wird. Diese Objekte, die
134 einen erheblichen kulturellen und historischen Wert für die
135 Herkunftsgesellschaften haben, wurden während der Kolonialzeit ohne Zustimmung
136 oder fairen Austausch aus ihren Heimatländern entfernt. Die Ausstellung dieser
137 Objekte in Berliner Museen, besonders im Humboldt Forum, stellt ein weiteres
138 Zeugnis dieser kolonialen Ausbeutung dar.

139 Es ist längst überfällig, dass Deutschland diese Geschichte anerkennt und
140 Verantwortung übernimmt. Der erste Schritt muss die Rückgabe der Raubkunst an
141 die Herkunftsländer sein. Kein Objekt sollte mehr in deutschen Museen
142 ausgestellt werden, wenn nicht eindeutig geklärt werden kann, dass es nicht
143 unter kolonialen Bedingungen entwendet wurde. Zudem müssen ernsthafte Gespräche
144 mit den betroffenen Staaten und Gemeinschaften geführt werden, um die Objekte
145 respektvoll und unter fairen Bedingungen zurückzugeben.

146
147 Neben Kulturgütern befinden sich in Berlin noch mehrere tausend Gebeine aus den
148 ehemaligen Kolonien, in Universitäten, Museen und der Charité. Hier muss endlich
149 eine Aufarbeitung stattfinden: Alle entsprechenden Objekte müssen identifiziert
150 und im Austausch mit den Nachfahren beziehungsweise den betroffenen Communities
151 ein würdiger Umgang gefunden werden.

152 Die Auseinandersetzung mit kolonialem Erbe ist ein notwendiger Schritt auf dem
153 Weg zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft. Es geht dabei nicht nur
154 um die Rückgabe von Kunstwerken, sondern auch um die Anerkennung des Unrechts,
155 das mit der kolonialen Ausbeutung verbunden war. Dazu soll an einem zentralen
156 Ort in Berlin ein Mahnmal errichtet werden, das an die Opfer des Kolonialismus
157 erinnert. Deutschland muss als ein Land, das sich zur Verantwortung für seine
158 Geschichte bekennt, eine führende Rolle in der internationalen Debatte über
159 Restitution und die Aufarbeitung kolonialer Vergehen übernehmen.

160 Zentrale Forderungen:

- 161 • Rückgabe von kolonialer Raubkunst an die Herkunftsgesellschaften
- 162 • Rückgabe von menschlichen Gebeinen an die Herkunftsgesellschaften
- 163 • Kritische Hinterfragung der Gedenkkultur
- 164 • Einrichtungen eines Mahnmals für die Opfer des Kolonialismus

165 Clubkultur

166 Clubs sind nicht nur wichtige Kulturstätten, sondern auch bedeutende Orte für
167 soziale und politische Prozesse. Sie bieten Raum für kreative Ausdrucksformen,
168 kulturelle Vielfalt und gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Die Berliner
169 Clubkultur ist immaterielles Weltkulturerbe und damit auch ein zentraler
170 Bestandteil der kulturellen Identität der Stadt und zieht jährlich
171 hunderttausende Besucher*innen aus aller Welt an. Ihre Vielfalt und Kreativität
172 tragen wesentlich zur urbanen Lebensqualität bei. Um diese einzigartige Szene
173 langfristig zu erhalten, braucht es eine Kulturpolitik, die ihre Räume schützt
174 und ihre Entwicklung aktiv fördert.

175 Ein wichtiger Schritt ist der Baustopp des 17. Bauabschnittes A100, um
176 kulturelle Räume und soziale Treffpunkte wie Clubs zu erhalten, anstatt komplett
177 aus der zeitgefallene Verkehrsprojekte der 50er umzusetzen. Zudem sollte auf
178 Bundesebene eine Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) angestrebt werden, um
179 Clubs als feste Bestandteile der urbanen Kultur zu schützen und ihre rechtliche
180 Anerkennung zu stärken. Diese Maßnahmen helfen, die kulturelle Vielfalt in der
181 Stadt zu bewahren.

182 Zentrale Forderungen:

- 183 • Baustop des 17. Bauabschnittes A100
- 184 • Änderung des Baugesetzbuches
- 185 • Erhöhung des Schallschutzfonds und Zwischennutzungskonzepte
- 186 • Raves und sonstige Open-Air-Events rechtssicher und bürokratiearm zu
187 ermöglichen

188 Kulturelle Bildung für alle

189 Kulturelle Bildung soll nicht nur in der Schule stattfinden, sondern auch
190 außerhalb von klassischen Bildungseinrichtungen zugänglich sein. Besonders
191 wichtig ist es, selbstorganisierte Projekte von Kindern und Jugendlichen in
192 ihren Kiezen zu fördern, da diese oft die größten Chancen bieten, die
193 Kreativität und das Engagement junger Menschen zu wecken. Solche Projekte
194 ermöglichen den Teilnehmer*innen, eigene Ideen zu entwickeln, die lokale
195 Gemeinschaft zu gestalten und mit anderen Menschen in ihrem Umfeld in Austausch
196 zu treten.

197 Durch die Förderung dieser Projekte erhalten Kinder und Jugendliche nicht nur
198 Zugang zu kulturellen Ausdrucksformen, sondern lernen auch wichtige soziale und
199 organisatorische Fähigkeiten. Dies stärkt das Gemeinschaftsgefühl und
200 unterstützt die Entwicklung von Verantwortung, Eigeninitiative und Teamarbeit.
201 Es ist wichtig, dass Anlaufstellen für solche Projekte geschaffen werden, die
202 Unterstützung sowohl auf finanzieller als auch auf personeller Ebene bieten, um
203 jungen Menschen in ihrem kreativen Schaffen zur Seite zu stehen. Diese Art der
204 kulturellen Bildung sollte gezielt in benachteiligten Stadtteilen gefördert
205 werden, um allen Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund gleiche
206 Chancen zu bieten.

207 Zentrale Forderungen:

- 208 • Förderung selbstorganisierter kultureller Projekte von Kindern und
209 Jugendlichen
- 210 • Einrichtung von Anlaufstellen zur Unterstützung solcher Projekte
- 211 • Erhöhung des Projektfonds Kulturelle Bildung und Erweiterung der Kinder-
212 und Jugendjurys

Beschluss Leitantrag: Wem gehört die Stadt?

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 10. Leitantrag

Antragstext

- 1 Wenn man sich in Berlin umschaute, fragt man sich schnell: Für wen wird hier
- 2 eigentlich noch Politik gemacht? Für die Bewohner:innen unserer Stadt – oder
- 3 doch für Konzerne und reiche Investor:innen? Der Berliner Senat spart als erstes
- 4 an sozialen und kulturellen Einrichtungen, setzt den Volksentscheid “DWE & Co.
- 5 enteignen” nicht um, wodurch der Wohnungsmarkt immer noch einem Spießrutenlauf
- 6 gleicht. Jungen Menschen werden systematisch die Räume genommen, während
- 7 Wohnraum zum Spekulationsobjekt verkommt.

- 8 Als GRÜNE JUGEND Berlin werden wir dem Ausverkauf der Stadt nicht tatenlos
- 9 zusehen. Auf unserer Landesmitgliederversammlung “Wem gehört die Stadt”
- 10 beschäftigen wir uns damit, wie wir unsere Stadt wieder zurückholen können!

- 11 Wohnen ein Grundrecht – Wir sagen Spekulation den Kampf an!

- 12 Berlin ist längst zum Spielball von Investor*innen und Konzernen geworden, die
- 13 mit Wohnraum spekulieren, während immer mehr Menschen unter steigenden Mieten
- 14 und Verdrängung leiden. Die Konsequenz: Menschen mit geringem Einkommen,
- 15 Studierende, Azubis und Obdachlose werden systematisch aus der Stadt verdrängt,
- 16 während Luxussanierungen und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen die
- 17 soziale Spaltung weiter verschärfen.

- 18 Doch diese Krise ist kein Naturgesetz – sie ist politisch gemacht. Statt sich
- 19 den Profitinteressen der Immobilienwirtschaft zu unterwerfen, braucht Berlin
- 20 endlich eine radikale Wende hin zu einer sozialen und gerechten Wohnungspolitik.
- 21 Der Schutz bestehender Mietverhältnisse muss oberste Priorität haben. Wir
- 22 fordern daher einen sofortigen Mietestopp nach Münchner Vorbild für sechs Jahre
- 23 mit anschließender Prüfung auf Verlängerung. Auf Bundesebene braucht es einen
- 24 Mietendeckel nach Berliner Vorbild.

- 25 Doch es reicht nicht, den Mietenwahnsinn nur einzudämmen – der Wohnungsmarkt
- 26 muss grundsätzlich neu ausgerichtet werden. Berlin braucht eine
- 27 Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen & Co. Wir
- 28 fordern den schwarz-roten Senat auf den Volksentscheid Deutsche Wohnen Co.
- 29 enteignen umzusetzen und fordern weitergehende rechtliche Prüfungen von weiteren
- 30 Möglichkeiten von Vergesellschaftung. Nur so kann sichergestellt werden, dass
- 31 Wohnraum nicht länger als Spekulationsobjekt dient. Gleichzeitig dürfen keine
- 32 öffentlichen Wohnungen mehr privatisiert werden – langfristig müssen mindestens
- 33 70 % des Wohnraums in landeseigener oder genossenschaftlicher Hand sein.
- 34 Landeseigene Unternehmen müssen demokratisiert, beispielsweise durch
- 35 Mieter*innenbeiräte, werden.

- 36 Leerstand und spekulativer Wohnungsbesitz müssen konsequent bekämpft und
- 37 sanktioniert werden. In einer Stadt in der Wohnraum knapp ist, darf es keinen
- 38 Leerstand geben. Gebäude, die über sechs Monate leer stehen, sollen
- 39 vergesellschaftet und für soziale Wohnprojekte genutzt werden.

- 40 Wohnraum ist in Berlin nicht nur teuer, sondern auch knapp. Deshalb braucht es
- 41 eine Neubauoffensive der landeseigenen Wohnungsunternehmen. Diese soll auch den

42 Anteil des Wohnraums in öffentlicher Hand dauerhaft erhöhen. Klar ist auch: Wenn
43 Bauen billiger ist, kann mehr (günstiger) Wohnraum entstehen. Bauvorschriften,
44 die nicht dem Klimaschutz oder der Barrierefreiheit dienen, müssen, wo sinnvoll,
45 reduziert werden.

46 Bauen ist bisher sehr klimaschädlich und weit vom Ziel der Klimaneutralität
47 entfernt. Insbesondere beim Neubau muss deshalb klimagerecht gebaut werden.
48 Neben dem Neubau muss auch andere Möglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum
49 genutzt werden: Büroflächen sollen zu Wohnraum umgebaut werden, es muss mehr
50 Anreize zum Substanzerhalt und zu Bauen im Bestand geben. Zudem braucht es ein
51 gesetzlich verankertes Recht auf Wohnungstausch unter gleichbleibenden
52 Mietkonditionen. Schließlich muss der Neubau endlich am Bedarf ausgerichtet
53 werden, anstatt den Immobilienmarkt weiter mit Luxuswohnungen zu füttern.
54 Landeseigene Wohnungsunternehmen müssen verpflichtet werden, ihre Neubauplanung
55 langfristig an soziale Bedarfe anzupassen. Damit auch private
56 Immobilienentwickler zu mehr sozialem Wohnungsbau verpflichtet sind, fordern wir
57 eine Ausweitung des Neuköllner Modells auf ganz Berlin und eine Erhöhung der
58 Quote für mietpreisgebundenen Wohnraum im Berliner Modell auf 50%. Der Neubau
59 von Mikroapartments soll berlinweit verboten werden.

60 Bei der Neuvermietung von Gewerbeflächen der LWUs sind Organisationen der Freien
61 Wohlfahrtspflege prioritär zu berücksichtigen. Träger aus der freien Wohlfahrt
62 haben bei der Anmietung von Gewerbeflächen immer Vorrang vor potenziellen
63 Mietern aus der Privatwirtschaft. Als Eigentümer und Gesellschafter der LWUs
64 setzt das Land Berlin in diesem Zusammenhang ein Verfahren auf, das rechtssicher
65 gewährleistet, dass die Gewerbemieten für Träger der Freien Wohlfahrt einem
66 eigenen Leistungsprinzip unterliegen. Auch die Umwandlung von Gewerbeflächen
67 in Wohnraum muss erleichtert werden, damit ungenutzte Bürogebäude nicht weiter
68 leer stehen, während tausende Menschen eine bezahlbare Wohnung suchen.

69 Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind keine individuellen Schicksale, sondern das
70 direkte Ergebnis einer kapitalistischen Wohnungspolitik, die Profite über
71 Menschen stellt. Während Immobilienkonzerne mit Wohnraum spekulieren und
72 tausende Wohnungen bewusst leer stehen lassen, werden immer mehr Menschen aus
73 ihren Wohnungen verdrängt oder finden erst gar keinen Zugang zu sicherem
74 Wohnraum. Diese Krise ist politisch gemacht – und sie kann nur politisch gelöst
75 werden!

76 Wir fordern daher das Verbot von Zwangsräumungen, den massiven Ausbau von
77 Housing First-Projekten, ausreichende Ausstattung und Unterstützung von
78 Notunterkünften, die langfristige Perspektiven bieten - dazu gehört
79 psychologische Betreuung, medizinische Versorgung, Dolmetschangebote und
80 Unterstützung beim Übergang in eine dauerhafte Wohnsituation.

81 Wir verurteilen die Vertreibung von Menschen in der Obdachlosigkeit durch
82 Polizei, Ordnungsamt und Bahn aufs Schärfste!
83 Kälte und mit dem Klimawandel auch zunehmend Hitze konfrontieren Obdachlose in
84 Berlin mit besonderen Problemen. Es braucht dringend Kälte- und
85 Hitzeschutzpläne und deren konsequente Umsetzung - Ausbau von Kälte- und
86 Hitzebussen, flächendeckende Verfügbarkeit von Wasserspendern, Verfügbarkeit von
87 öffentlichen Orten zum Abkühlen bzw. Aufwärmen sowie kostenlose Versorgung.
88 Menschenfeindliche Architektur soll sofort zurückgebaut werden.
89 Es braucht insbesondere Schutz für marginalisierte Gruppen - das bedeutet
90 geschützte Unterkünfte, gezielte Unterstützungsangebote und Schutzkonzepte.

91 Die Ursache ist systemisch: Das repressive Asyl- und Aufenthaltsrecht treibt
92 Menschen in die Illegalität und so auf die Straße. Wir brauchen ein offenes und
93 menschenrechtsorientiertes Migrationsrecht, um Menschen den Weg in Wohnungen und
94 soziale Unterstützung zu ebnen. Wir brauchen ein menschenwürdiges Sozialsystem,
95 das Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindert. Wohnen ist ein Menschenrecht - und
96 das gilt für alle.

97 Berlin gehört nicht den Investor*innen – Berlin gehört uns allen! Es ist höchste
98 Zeit, den Wohnungsmarkt dem Kapital zu entreißen und Wohnen wieder als
99 Grundrecht durchzusetzen.

100 Jugend braucht (T)Räume – Tempelhofer Feld, Wuhlheide, Emmauswald und queere
101 Jugendclubs erhalten!

102 Jugendliche benötigen Räume, in denen sie sich entfalten, treffen und ihre
103 Freizeit gestalten können – und das ohne Geld zu zahlen. In Berlin sind das
104 Tempelhofer Feld, die Wuhlheide und der Emmauswald wichtige, konsumfreie Orte
105 für junge Menschen. Zudem bieten queere Jugendclubs unverzichtbare Rückzugsorte
106 und Anlaufstellen für LGBTQIA*-Jugendliche. Diese Räume sind jedoch durch
107 städtische Entwicklungspläne und finanzielle Kürzungen bedroht.

108 Das Tempelhofer Feld bleibt in seiner Gesamtheit als öffentlich zugänglicher
109 Freiraum erhalten. Jegliche Bebauungspläne werden abgelehnt, um die Bedeutung
110 des Feldes als Erholungs- und Freizeitfläche für Jugendliche zu sichern.

111 Die Wuhlheide wird als naturnaher Erholungsraum geschützt und wir fordern den
112 Erhalt. Außerdem sind wir gegen den Bau der Tangentialen Verbindung Ost, welcher
113 einen großen Teil der Wuhlheide zerstören würde.

114 Der Emmauswald wird vor jeglicher Bebauung bewahrt, um seine Funktion als grünen
115 Rückzugsort in Neukölln zu erhalten.

116 Die Kürzungen bei den queeren Jugendzentren verurteilen wir. Queere Jugendclubs
117 müssen finanziell und strukturell unterstützt werden, um ihre wichtige Arbeit
118 für queere Jugendliche fortsetzen zu können.

119 Zusätzlich fordern wir weitere konsumfrei Freiräume für Jugendliche,
120 insbesondere in dicht besiedelten Stadtteilen, um dem Bedarf an Treffpunkten und
121 Freizeitmöglichkeiten gerecht zu werden. Wir fordern, dass Jugendliche aktiv in
122 die Planung und Gestaltung von Freiräumen miteinbezogen werden, um
123 sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigt werden.

124 #unkürzbar – Gegen die schwarz-rote Sparpolitik und den Ausverkauf unserer
125 Demokratie

126 Die schwarz-rote Koalition in Berlin streicht Gelder in genau den Bereichen, die
127 jungen Menschen Perspektiven bieten: Bildung, Jugend, Kultur und
128 Demokratieförderung. Diese Kürzungen bedeuten weniger Räume für Begegnung,
129 weniger Möglichkeiten zur Mitbestimmung und weniger Chancen auf eine gute
130 Zukunft. Wer hier spart, zerstört die Grundlagen für ein solidarisches und
131 lebendiges Berlin.

132 Besonders hart trifft es Jugendclubs, politische Bildungsarbeit und
133 Schulsozialarbeit. Viele Jugendclubs stehen vor der Schließung, weil Gelder für
134 Sanierungen gestrichen wurden. In der Jugendarbeit fehlen bereits 50 Millionen
135 Euro – das bedeutet weniger Ferienfreizeiten und weniger Möglichkeiten für

136 Kinder und Jugendliche, sich unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu entfalten.
137 Besonders betroffen sind migrantische Jugendliche, die überdurchschnittlich oft
138 in finanziell prekären Verhältnissen leben. Wenn kostenfreie Freizeitangebote
139 gestrichen werden, trifft das besonders sie, da ihre Familien sich teure
140 Alternativen nicht leisten können. So wird soziale Ungleichheit weiter
141 verschärft und Teilhabe an Bildung und Kultur gezielt erschwert. Schüler*innen
142 aus sozial schwächeren Familien werden benachteiligt, weil Klassenfahrten und
143 außerschulische Angebote gekürzt werden. Während der Lehrkräftemangel immer
144 größer wird, will der Senat 100 Millionen Euro bei den Hochschulverträgen
145 einsparen – das sorgt dafür, dass noch weniger junge Menschen Lehramt studieren
146 können und der Personalmangel an Schulen weiter eskaliert.

147 Auch in der Kultur zeigt sich die soziale Kälte dieser Politik. Über 130
148 Millionen Euro Einsparungen bedeuten, dass viele Kulturprojekte, die jungen
149 Menschen einen Zugang zu Kunst und Kreativität ermöglichen, bedroht sind.
150 Musikschulen, die für viele Kinder oft der einzige bezahlbare Weg sind, ein
151 Instrument zu lernen, verlieren dringend benötigte Mittel. Immer mehr
152 Musiklehrerinnen wechseln den Beruf, weil sie keine sichere Anstellung bekommen
153 – damit verlieren Schülerinnen ihre Lehrkräfte und die Chance auf kulturelle
154 Bildung.

155 Besonders problematisch ist der Angriff auf Demokratie- und
156 Antidiskriminierungsprojekte. Der interkulturelle Verein KiGA e.V., der mit
157 Bildungsprogrammen gegen Antisemitismus und Rassismus arbeitet, steht vor
158 finanziellen Schwierigkeiten. Die muslimisch-jüdische Initiative „meet2respect“,
159 die mit Dialogformaten Brücken zwischen religiösen Gemeinschaften baut, verliert
160 ihre Förderung. Auch die Urania Berlin, ein zentraler Ort für gesellschaftliche
161 Debatten und politische Bildung, ist von Kürzungen betroffen. Gerade
162 migrantische Jugendliche profitieren von solchen Angeboten, da sie oft mehrfach
163 von Diskriminierung betroffen sind. Wer diese Programme streicht, nimmt ihnen
164 wichtige Schutzräume und macht es ihnen schwerer, sich gegen rassistische und
165 soziale Ausgrenzung zu wehren. Diese Angriffe auf Projekte, die aktiv gegen
166 Diskriminierung kämpfen, sind ein direkter Schaden für unsere Demokratie. Denn
167 wo Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit nicht bekämpft werden, dort
168 gewinnen rechte und reaktionäre Kräfte an Boden. Eine inklusive und vielfältige
169 Gesellschaft braucht starke Strukturen – genau die werden jetzt untergraben.

170 Diese Kürzungen sind nicht nur unsozial, sie sind auch gefährlich. Eine
171 Gesellschaft, die ihren Jugendzentren, Kulturangeboten und Demokratieprojekten
172 den Hahn abdreht, überlässt Jugendlichen Frustration und Perspektivlosigkeit.
173 Rechtsextreme und andere demokratiefeindliche Kräfte nutzen genau diese Lücken
174 aus: Wo der Staat sich zurückzieht, gewinnen sie an Einfluss. Wenn politische
175 Bildungsarbeit gekürzt wird, fehlt jungen Menschen das Rüstzeug, sich gegen
176 rechte Hetze zu wehren. Wenn Jugendclubs und soziale Projekte schließen, suchen
177 sich junge Menschen andere Räume – und finden dort oft Angebote, die nicht für
178 Vielfalt und Demokratie stehen. Sparpolitik ist also nicht nur unsozial, sie
179 öffnet auch Tür und Tor für Rechtsruck und Extremismus.

180 Wir sagen: Das dürfen wir nicht zulassen! Berlin muss in seine Jugend
181 investieren – nicht in Kürzungen, sondern in Zukunft.

182 Unsere Forderungen:

- 183 • Rückgängigmachung aller Kürzungen im Bildungs-, Jugend-, Kultur- und
184 Demokratiebereich.
- 185 • Sicherstellung der Finanzierung von Kinder- und Jugendarbeit,
186 Jugendsozialarbeit und Familienförderung – ohne Abstriche oder
187 Verzögerungen.
- 188 • Garantierte tarifliche Bezahlung für freie Träger im sozialen Bereich.
- 189 • Erhalt und Ausbau von Demokratieprojekten, insbesondere
190 Antidiskriminierungs- und politische Bildungsprojekte wie KiGA e.V.,
191 „meet2respect“ und die Urania Berlin.
- 192 • Keine Streichungen bei den Hochschulverträgen – stattdessen ein
193 ambitioniertes Programm zur Ausbildung neuer Lehrkräfte.
- 194 • Investition von mindestens 20 Millionen Euro in Musikschulen, um
195 Musikschullehrkräfte fest anzustellen und kulturelle Bildung für alle
196 zugänglich zu machen.
- 197 • Keine Einsparungen im Kulturretat – stattdessen eine gezielte Förderung von
198 Kunst- und Kulturangeboten, insbesondere für die Freie Szene.
- 199 • Aufhebung der Schuldenbremse auf Bundesebene, um notwendige Investitionen
200 in Bildung, Kultur und Soziales zu ermöglichen. Die Grünen dürfen dort
201 keine falschen Kompromisse machen!

202 Diese Kürzungen sind ein Angriff auf die soziale und demokratische Substanz
203 Berlins. Wir werden nicht zulassen, dass diese Stadt kaputtgespart wird. Es ist
204 Zeit für Widerstand gegen diese Politik – #unkürzbar!

Beschluss Voten der Grünen Jugend Berlin

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Junge, kompetente Menschen in die Parlamente – Die GRÜNEN JUGEND Berlin erhebt
2 Anspruch auf drei Plätze für das Berliner Parlament!

3 Im Herbst 2026 werden in Berlin sowohl die Bezirksverordnetenversammlungen als
4 auch das Abgeordnetenhaus neu gewählt. Als Grüne Jugend Berlin kämpfen wir
5 darum, junge, linke und engagierte Menschen in die Parlamente zu bringen.

6 Von BÜNDNIS 90/ Die Grünen Berlin erwarten wir Unterstützung und Kooperation
7 dabei, junge Menschen in die Parlamente zu bringen um die Repräsentation und die
8 thematische Auseinandersetzung mit Themen dieser Generationen zu gewährleisten.

9 Wir kämpfen eben nicht nur auf der Straße und in Bündnissen für eine gerechtere
10 und nachhaltigere Welt, sondern auch in Parlamenten. Ein wichtiges Instrument
11 ist für uns die Teilhabe an demokratischen Prozessen, um für eine sozial
12 gerechte, zukunftsorientierte und gerechte Stadt zu kämpfen.

13 Abgeordnetenhaus

14 Die Liste für das Abgeordnetenhaus wird auf einer
15 Landesmitgliederversammlung/Landesdelegiertenkonferenz gewählt. Solange das
16 Quorum von 10% Anwesenheit der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Berlin
17 erreicht ist, dürfen alle Mitglieder mitwählen. Daher wollen wir zahlreich
18 vertreten sein, denn jede Stimme für unsere Kandidat*innen zählt.

19 Unser langfristiger Anspruch ist möglichst vieeles, dass im Berliner Parlament
20 genauso wie in der Berliner Zivilgesellschaft circa ein Drittel junge Menschen
21 vertreten sind. Davon sind wir im Berliner Parlament und in der Grünen Fraktion
22 Berlin noch weit entfernt. Deshalb werden wir für drei junge kämpferische
23 Kandidat*innen der GJ Berlin auf der Landesliste der Grünen Berlin für die
24 Abgeordnetenhauswahl und ihren Einzug ins Abgeordnetenhaus streiten.

25 Aus diesem Grund wollen wir auf unserer Landesmitgliederversammlung im Herbst
26 2025 drei Voten vor der Listenaufstellung der Grünen Berlin vergeben. Davon sind
27 basierend auf unserem FINTA*-Statut laut Quotierung zwei FINTA* Plätze und einen
28 offener Platz.

29

30 Wir fordern zudem eine finanzielle Abgabe von 2% der Abgeordnetendiäten an die
31 Grüne Jugend Berlin. Diese 2% sollen, wenn möglich, aus den Mandatsabgaben an
32 den LV verrichtet werden, um keine Mehrbelastung zu erzeugen.

33

34 Wahlkampf

35

36 Über die Votenvergabe hinaus setzen wir uns als Grüne Jugend Berlin aktiv im
37 Wahlprogrammprozess von Bündnis90/die Grünen Berlin für junge und linke
38 Perspektiven ein. Um die inhaltliche Aufstellung der Grünen Partei zu
39 beeinflussen, haben wir unseren eigenen Wahlprogrammprozess aufgesetzt. Auf
40 diese Weise wollen wir unsere gesamte Basis der Grünen Jugend Berlin in den

41 Prozess mit einbinden und die Themen, für die sich unsere Verhandler*innen
42 einsetzen, basisdemokratisch beschließen.

43

44 Als unabhängige und basisdemokratisch organisierte Jugendorganisation fahren wir
45 seit Jahren eigenständige (Wahlkampf-)Kampagnen, welche spezifisch auf junge
46 Menschen ausgelegt sind. Unsere GJ-Votenträger*innen werden als unsere
47 Kandidat*innen ein wichtiger Teil der Kampagne für die Abgeordnetenhauswahl 2026
48 sein. Wir ermutigen unsere Mitglieder, unsere Kampagne und unsere
49 Kandidat*innen, welche sie selbst gewählt haben, aktiv zu unterstützen.
50 Grundsätzlich bleibt für uns jedoch wichtig: Jedes Mitglied kann selbstbestimmt
51 über die Ausprägung, Intensität sowie Art und Weise seines Wahlkampfes
52 entscheiden.

53 Bezirksverordnetenversammlung

54 Als Landesverband haben wir keine Wirkungsmacht in den Bezirken. Die Vergabe von
55 Voten für die BVVen bleibt Entscheidung und Zuständigkeit der Bezirksguppen der
56 Grünen Jugend Berlin auf Grundlage der Satzung der Grünen Jugend Berlin sowie
57 den Satzung der Bezirksgruppe. Wir werden den Votenvergabe-Prozess der Bezirke
58 jedoch beratend begleiten.

59 Votenvergabe

60 Als Grünen Jugend Berlin liegt unserer Arbeit sowohl ein FINTA*-Statut, als auch
61 ein MARE*-Statut zu Grunde. Das bedeutet für uns, dass wir besonders MARE
62 Personen und FINTA* Personen empowern möchten, sich auf die Voten zu bewerben.
63 Deutsche Parlamente zeigen keinen verhältnismäßigen Durchschnitt der Bevölkerung
64 und wir wollen gerade Personen, die diesen unterrepräsentierten Gruppen
65 angehören, in unserem Verband und unserer politischen Arbeit stärken.

66 Unsere Erwartungen an Votenträger*innen

67 Die Grüne Jugend Berlin steht für eine antirassistische, queerfeministische,
68 klimagerechte und soziale Gesellschaft. Diese Werte müssen auch von den Voten
69 vertreten werden.

70 Von den GJB-Votenträger*innen erwarten wir, dass sie sich aktiv in den Wahlkampf
71 der Grünen Jugend Berlin einbringen. Sie vertreten im Wahlkampf nicht nur sich
72 selbst, sondern repräsentieren unseren Verband. Daher ist es wichtig, dass es
73 regelmäßige Absprachen mit dem Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin gibt.

74 Die Mandatsträger*innen sind bei ihrer Arbeit in erster Linie ihrem Gewissen
75 verpflichtet. Wir erwarten zudem uns aber von unseren Mandatsträger*innen, dass
76 sie sich weiterhin für GJ-Positionen einsetzen und den Landesverband sowie die
77 Bezirksgruppen dabei unterstützen, unsere Forderungen ins Parlament und die
78 Partei zu tragen. Wir erwarten außerdem die Unterstützung unseres Verbandes
79 durch eine gute und kommunikative Zusammenarbeit sowie durch das zur Verfügung
80 stellen von Ressourcen.

81 Unterstützung von Votenträger*innen

82 Wir stehen als Verband solidarisch hinter unseren Votenträger*innen! Durch
83 strategischen Austausch und Zusammenarbeit wollen wir während des Wahlkampfes
84 und anschließend in den Parlamenten eine gerechte Politik von und für junge
85 Menschen erstreiten.

86 *FINTA*: Female, Inter, Nonbinary, Trans, Agender

87 *MARE: Menschen mit Antisemitismus- und/oder Rassismuserfahrungen

Beschluss Solidarität mit den Budapest Angeklagten – Aufklärung jetzt!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

- 1 Jedes Jahr, am 12. Februar, treffen sich Faschist*innen und
2 Nationalsozialist*innen aus ganz Europa, um in Budapest den „Tag der Ehre“ zu
3 feiern.
- 4 Der „Tag der Ehre“ ist dabei eines der größten „get-together“ und
5 Vernetzungstreffen international organisierter Neonazi-Gruppierungen. An diesem
6 Tag „gedenken“ Rechtsextreme den letzten Tag des „Widerstandes“, den Wehrmachts-
7 , SS-Gruppen und ihre verbündeten ungarischen Kampfverbände gegen die Rote Armee
8 leisteten.
- 9 Nachdem russische Truppen Budapest bereits seit Wochen umkreist hatten, hatten
10 die verbleibenden Nazi-Verbände am 11.02.1945 einen letzten „Ausbruch“ gewagt,
11 der kläglich scheiterte. Auf beiden Seiten kam es zu tausenden Toten, nur wenige
12 Faschisten können sich nach wochenlangen Kämpfen nach Wien absetzen.
- 13
- 14 Statt den Opfern des Faschismus und deren Sinnlosigkeit zu gedenken, nutzen
15 Neonazis nun diesen Anlass, um seit 1997 die Ausbruchversuche deutscher und
16 ungarischer SS- und Militärverbände als einen Akt europäischen Heroismus zu
17 pervertieren.
- 18 Die Zahl der Teilnehmer*innen ist dabei vor allem in den letzten Jahren
19 gestiegen.
- 20 Organisiert wird das alljährliche „Gedenken“ durch den ungarischen Ableger von
21 blood and honour (légió Hungária) – einer paramilitärischen Nazigruppe, deren
22 deutscher Ableger unlängst verboten wurde.
- 23 Das Event rund um den „Tag der Ehre“ ist aber nicht zuletzt deswegen so
24 erfolgreich, weil außerparlamentarische Rechtsextreme gut vernetzt sind, sondern
25 weil der ungarische Staat den 12.02 seit einigen Jahren gezielt fördert. So
26 stellen beispielsweise staatliche Museen Devotionalien zur Verfügung, sodass
27 europäische Neonazis mit SS-Uniform durch Budapest laufen können. Und auch die
28 Polizei tut alles dafür, dass der Tag so gut wie möglich ablaufen kann.
- 29 Während Rechtsextreme ungestört in Uniform faschistischer Verbrecherstaaten
30 durch die Stadt laufen und ihrem Geschichtsrevisionismus ausleben, wird
31 jeglicher Gegenprotest mit vollem Polizeiaufgebot ferngehalten, mit einer
32 Drohkulisse aus Repression minimiert und durch Gewalt zurückgedrängt.
- 33 Da der ungarische Staat sich aktiv weigert, gegen Nazis vorzugehen, kommen trotz
34 dieses unverhältnismäßigen Polizeiaufgebotes, Antifaschist*innen aus ganz Europe
35 zusammen, um den Faschos nicht völlig ungestört ihren Raum zu überlassen. Denn
36 wo der Staat scheitert, setzen wir an.
- 37 So kam es auch im Rahmen des „Tags der Ehre“ 2023 dazu, dass eine Gruppe
38 europäischer Antifaschist*innen den Protest gegen den Naziaufmarsch
39 unterstützte.
- 40 Neben den Protesten soll die Gruppe mutmaßlich Neonazis abseits des Protests mit
41 Schlagstöcken angegriffen und zusammengeschlagen haben, so zumindest der

42 Vorwurf. Eine*r von ihnen der*die 23-jährige*r non-binäre Aktivist*in Maja.
43 Nachdem Maja Ende 2023 per Haftbefehl gesucht und verhaftet wurde, entschied das
44 Kammergericht im Juni 2024 über Majas Auslieferung nach Ungarn. Dort drohen Maja
45 ein entkernter Rechtsstaat, ein öffentlich-aufgebauschter Schauprozess und bis
46 zu 24 Jahre Haft.

47 Die Bedingungen, unter denen die*der non-binäre Aktivist*in bislang in
48 ungarischer Haft leben musste sind menschenunwürdig. Ungarn als Land, das aktiv
49 gegen die LGBTQ+-Community arbeitet und diese kriminalisiert, stellt dabei eine
50 besondere Gefahr dar. In einer kleinen Zelle wird Maja rund um die Uhr
51 videoüberwacht, Ungeziefer hat diese befallen und Mahlzeiten sind in aller Regel
52 verschimmelt.

53 Die Generalstaatsanwaltschaft (GenStA) und das Landeskriminalamt (LKA) Berlin
54 hat dabei eine entscheidende Rolle gespielt. In einem nächtlichen Sondereinsatz
55 machte man sich um halb 3 Uhr daran, Maja nach Ungarn auszuliefern. Eine
56 Auslieferung, die übrigens von dem postfaschistischen italienischen System
57 abgelehnt wird.

58 Kurz vor drei wurde Maja und ihren Bevollmächtigten mitgeteilt, eine eingelegte
59 Verfassungsbeschwerde habe keine rechtsaufschiebende Wirkung und eine sofortige
60 Auslieferung wäre somit möglich. Das ist falsch.

61 Auch hatte die GenStA das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erst um 11:47
62 darüber informiert, dass Majas Auslieferung erfolgt sei. Knapp eine Stunde
63 nachdem das BVerfG urteilte, eine solche Auslieferung auszusetzen, und etwa zwei
64 Stunden nachdem Maja tatsächlich den ungarischen Behörden überstellt wurde.
65 Die örtliche Konsularbehörde in Budapest wurde erst gar nicht über das
66 Kammergerichtsurteil informiert.

67
68 Das Vorgehen der GenStA Berlin, des LKA Berlin und der SoKo LinX lässt dabei
69 tief blicken. Grundlegende rechtsstaatliche Grundsätze wurden so mindestens grob
70 naiv übersehen und nicht angewendet. Es wurde leichtfertig mit dem Leben von
71 Maja umgegangen und ihre Grundrechte im groben Maße missachtet.
72 Unlängst wurde vom BVerfG entschieden (2 BvR 1103/24), dass die Auslieferung von
73 Maja gegen das Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe
74 oder Behandlung (Art. 4 GRCh) verstoße.

75 Richtig ist, dass es für strafrechtlich relevantes Verhalten Konsequenzen geben
76 muss. So auch für Fälle mutmaßlich gefährlicher Körperverletzung. Doch die Art,
77 mit der das Kammergericht, die GenStA und das LKA vorgegangen sind, entsprechen
78 nicht unserer Vorstellung eines Rechtsstaates. Vielmehr scheint es so, als habe
79 man so schnell wie möglich Maja als unliebsames Problem beseitigen und ihr
80 Schicksal den ungarischen Behörden überlassen wollen.

81 Momentan steht eine weitere Angeklagte, die 30-jährige Aktivistin Hannah vor
82 Gericht in Bayern. Sieben weitere gesuchte Antifaschist*innen haben sich vor
83 einigen Wochen der deutschen Strafjustiz gestellt. Klar ist: Die ungarische
84 Regierung muss ein rechtsstaatliches Verfahren und eine menschenrechtskonforme
85 Haft sicherstellen.

86 Wir fordern:

- 87 • Ein Stopp von Auslieferungen in Unrechtsstaaten als Repressionsmittel.
- 88 • Eine umfassende Aufarbeitung und Aufklärung des Vorgehens von LKA und
89 GenStA Berlin, die zu den Grundrechtsbrüchen Majas geführt haben.
- 90 • Eine Umsetzung der Anordnung des BVerfG, Maja umgehend nach Deutschland
91 zurückzuholen.
- 92 • Faire und rechtsstaatliche Verfahren in Deutschland für alle beteiligten
93 Antifaschist*innen unter Wahrung deren Rechte.
- 94 • Sanktionsmaßnahmen gegen Ungarn, solange sie weiterhin den „Tag der Ehre“
95 in der jetzigen Form abhalten.

96 Wir solidarisieren uns mit allen Antifaschist*innen, die unter Repressionen
97 leiden.
98 Alerta!

Beschluss Berlin: Gut funktionierend & gerecht finanziert

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

- 1 Berliner Verwaltung: serviceorientiert und digital
- 2 Termine beim Bürgeramt oder digitale Anträge? Da ist in Berlin noch Luft nach
- 3 oben. Eine gut funktionierende Verwaltung ist das Fundament einer
- 4 funktionierenden Stadt. Viele Bürger*innen wissen nicht, dass sie Anspruch auf
- 5 bestimmte staatliche Leistungen haben oder verlieren sich im
- 6 Verwaltungsdschungel. Wir wollen, dass aus einer Hol-Schuld der Bürger*innen
- 7 eine Bring-Schuld des Landes wird. Wer Anspruch auf Unterstützung hat, soll
- 8 darüber proaktiv informiert werden. Damit die Information auch bei allen
- 9 ankommt, braucht es mehrsprachige Informationsangebote, die auch leichte Sprache
- 10 umfassen. Damit der Weg zum Bürgeramt keine Hürde darstellt, sollen auch alle
- 11 Angebote, bei denen es umsetzbar ist, digital erledigt werden können. Es braucht
- 12 eine umfassende, digitale Transformation, die weit über das reine Bereitstellen
- 13 von PDFs hinausgeht. Ziel muss es sein, benutzer*innenfreundliche, interaktive
- 14 Formulare zu entwickeln, die den Antragsprozess intuitiv, effizient und
- 15 barrierefrei gestalten oder, sofern möglich, Antragsverfahren gänzlich
- 16 abzuschaffen und durch proaktives Verwaltungshandeln zu ersetzen. Das bedeutet
- 17 nicht, dass alle Bürgerämter abgeschafft werden sollen: die Ansprechbarkeit des
- 18 Landes muss zeitnah auch vor Ort gewährleistet werden.
- 19 Und die Verwaltung muss effizienter werden: Mit Once-Only und der
- 20 Registermodernisierung soll Schluss damit sein, dass Bürger*innen immer wieder
- 21 dieselben Dokumente einreichen müssen. Behörden müssen vorhandene Daten
- 22 datenschutzkonform selbst abrufen können – statt Bürokratie-Hürden braucht es
- 23 einen reibungslosen Service. Zudem setzen wir uns für eine breitere Verwendung
- 24 des Prinzips der Genehmigungsfiktion ein. Bleibt ein Antrag zu lange
- 25 unbearbeitet, gilt er automatisch als genehmigt. Das schafft Planungssicherheit
- 26 für Bürger*innen und Unternehmen und entlastet gleichzeitig die Verwaltung. Um
- 27 Missbräuche vorzubeugen, sollte dieser Mechanismus nur für solche Anträge
- 28 gelten, die in der Regel genehmigt werden und durch die niemals
- 29 gesellschaftliche Schäden oder Gefahren für Leib und Leben entstehen können.
- 30 Public Money, Public Code! Die Berliner Verwaltung muss konsequent auf
- 31 quelloffene Software setzt. Das bedeutet, dass der gesamte Quellcode öffentlich
- 32 zugänglich ist, sodass unabhängige Expert*innen ihn überprüfen, optimieren und
- 33 weiterentwickeln können. Diese Transparenz erhöht die Sicherheit, senkt
- 34 langfristig die Kosten und reduziert die Abhängigkeit von großen,
- 35 undurchsichtigen IT-Unternehmen. Insbesondere soll die Software solcher
- 36 Unternehmen prioritär ausgetauscht werden, deren Eigentümer*innen oder
- 37 Firmenwerte sich in den Dienst von autoritären Überwachungsphantasien und gegen
- 38 europäische Grundrechte stellen. So legen wir den Grundstein für eine moderne,
- 39 demokratisch kontrollierte und zukunftsfähige Verwaltung. Zudem soll Berlin einen
- 40 selbständigen Fonds aufsetzen um Open Source zu fördern und den Code Kommunismus
- 41 auszubauen. Alternativ soll sich Berlin für dies im Bundesrat einsetzen. Die vom

42 Zentrum Digitale Souveränität (ZenDiS) entwickelte und speziell für die
43 Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung ausgelegte Softwaresuite openDesk kann
44 hierfür ein primärer Ausgangspunkt sein. Vom ZenDiS fordern wir ein Höchstmaß an
45 Transparenz und die Einbindung diverser Software-Alternativen in openDesk, um
46 Vendor Lock-ins zu verhindern.

47 Zusätzlich setzen wir auf den gezielten Ausbau von InHouse-Entwicklung, um
48 lokales IT-Know-how aufzubauen und, sofern notwendig, maßgeschneiderte Lösungen
49 zu schaffen, die den spezifischen Bedürfnissen Berlins gerecht werden. Dabei
50 legen wir besonderen Wert auf die Nachnutzung bestehender Open-Source-Lösungen,
51 um Ressourcen effizient zu nutzen und Synergien mit anderen Kommunen und
52 Bundesländern zu schaffen. Unser Ziel ist es, nicht nur eigenständige Lösungen
53 zu entwickeln, sondern auch aktiv zur Verbesserung und Verbreitung einer
54 leistungsfähigen, bundesweiten Softwareinfrastruktur beizutragen. Um diesen
55 Innovationsprozess nachhaltig zu fördern, fordern wir, dass Mitarbeitende in
56 Behörden einen Teil ihrer Arbeitszeit für die Weiterentwicklung
57 quelloffener Software und IT-Pakete einplanen dürfen. Dies stärkt nicht nur die
58 digitale Souveränität, sondern ermöglicht auch eine flexible und kontinuierliche
59 Anpassung an neue Herausforderungen.

60 Zudem soll in jedem Berliner Bezirk ein Digital Hub etabliert werden. Diese
61 Zentren sollen mit qualifizierten Digitalhelfende niederschwellige Beratungen,
62 Workshops und Schulungen anbieten - von Smartphone-Kursen für Senioren bis hin
63 zu Programmier-AGs für Jugendliche. Ergänzend dazu sollen Digitale
64 Quartiersmanager den konkreten Bedarf vor Ort ermitteln und lokale
65 Unterstützungsangebote koordinieren. So stellen wir sicher, dass gerade auch
66 sozial benachteiligte Gruppen nicht vom digitalen Fortschritt ausgeschlossen
67 werden, sondern aktiv am digitalen Leben teilhaben können.

68 Berlin muss als progressiver Vorreiter in Sachen Smart City agieren. Wir fordern
69 den flächendeckenden Ausbau moderner (öffentlicher) Glasfaser- und WLAN-
70 Infrastrukturen - insbesondere in strukturschwachen Stadtteilen. Öffentliche
71 Einrichtungen und Gebäude sollen mit intelligenten Energiemanagementsystemen
72 ausgestattet werden, um Energieverbrauch und Kosten zu senken.

73 Berliner Bezirke: selbstbewusst und solide finanziert!

74 Für eine funktionierende Verwaltung müssen auch die Berliner Bezirke
75 funktionieren. Das bedeutet, dass die Bezirke endlich auskömmlich finanziert
76 werden. Hierzu gehört auch eine Überarbeitung der aktuellen
77 Budgetierungssystematik, an dessen Ende mindestens die vollständige Übernahme
78 aller Kosten stehen, die durch Bundes- und Landesrecht entstehen und die in den
79 Bezirke nicht gesteuert werden können. Darüber hinaus brauchen die Bezirke
80 finanziellen Spielraum, um im Rahmen ihres demokratischen Mandats eigene
81 Schwerpunkte setzen zu können.

82 Um den demokratischen Stellenwert der Bezirke zu stärken, braucht es ein
83 Initiativrecht des Rats der Bürgermeister*innen gegenüber dem Abgeordnetenhaus.
84 Die Demokratie in den Bezirken soll durch die Einführung eines "politischen
85 Bezirksamtes" gestärkt werden. So werden die politischen Verantwortlichkeiten
86 transparenter. Gleichzeitig soll das Mindestalter für Mitglieder des
87 Bezirksamtes auf das Wahlalter des passiven Wahlrechts abgesenkt werden.

88 Berliner Haushalt: Ressourcen ausweiten & fair verteilen!

89 Zur Finanzierung der Aufgaben des Landes Berlin – auch mit Blick auf den
90 Klimaschutz – sollen alle Möglichkeiten zur Kreditfinanzierung oder andere
91 Finanzierungswege wie Nachhaltigkeitsanleihen ausgenutzt werden. Klimaschutz und
92 funktionierende Infrastruktur dürfen nicht am fehlenden Geld scheitern. Hierzu
93 sollten Schuldenspielräume im Rahmen der bundesgesetzlichen Schuldenbremse
94 genutzt werden und weitere Anpassungen hinsichtlich der Berechnung der
95 konjunkturabhängig erlaubten Schuldenaufnahme genutzt werden. Um die Ausgaben
96 des Landes Berlin unter verschiedenen Gesichtspunkten beurteilen zu können,
97 fordern wir eine Fortführung des Gender Budgeting, sowie die Einführung von
98 Klima- und Youth Budgeting. Damit schaffen wir mehr Transparenz über die
99 notwendigen Ausgaben für die Zukunft von uns und unserem Planeten.

100 Eine gerechte Finanzierung des Landes muss auch die Einnahmen in den Blick
101 nehmen. Es ist beispielsweise nicht nachvollziehbar, weshalb das Abstellen eines
102 privaten Autos im öffentlichen Raum an vielen Orten in Berlin kostenlos ist oder
103 nur sehr wenig kostet. Hier braucht es eine Erhöhung der Parkgebühren und eine
104 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen. Bei letzterem sind die Bezirke
105 durch eine Anschubfinanzierung zu unterstützen. Die Grunderwerbssteuer sollte in
106 Berlin auf das Brandenburger Niveau von 6,5% (+0,5%) angehoben werden.
107 Darüberhinaus sollte sich Berlin gegenüber dem Bund für das Schließen von
108 Steuerschlupflöchern wie ShareDeals einsetzen. Steuerflucht und Steuervermeidung
109 müssen die Berliner Finanzämter konsequent verfolgen und ahnden.

110 Berliner Unternehmen: Vorbildfunktion gerecht werden!

111 Zur Umsetzung der verschiedenen Aufgaben des Landes sind die landeseigenen
112 Unternehmen unverzichtbar. Für die landeseigenen Unternehmen hat die Politik
113 eine besondere Verantwortung. Deshalb müssen hier gute Arbeitsbedingungen und
114 gute Bezahlung gesichert werden. In landeseigenen Unternehmen sollte künftig ein
115 Maximallohn vom zehnfachen des niedrigsten Lohns (inklusive eventueller Boni)
116 gelten. So werden die Unternehmen auch in Lohnfragen ihrer Vorbildfunktion
117 gerecht.

118 Gute Arbeitsbedingungen müssen auch bei Aufgaben eingehalten werden, die das
119 Land Berlin an externe Unternehmen auslagert. Grundsätzlich sollte das Ziel aber
120 eine möglichst weitgehende (Re)kommunalisierung von externalisierten Aufgaben
121 wie beispielsweise der (Schul)reinigung oder Cateringangeboten sein. Public-
122 Private Partner-Ships sehen wir kritisch. Es dürfen keine Abhängigkeiten des
123 Staates von einzelnen privaten Dienstleistern entstehen. Kooperationen mit
124 gemeinnützigen Unternehmen oder Genossenschaften sehen wir als positiv und
125 sollen unterstützt werden.

Beschluss Die nächsten 5 Jahre werden entscheidend: Radikaler Klimaschutz jetzt!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Die nächsten 5 Jahre werden entscheidend dafür sein, ob Berlin die Pariser
2 Klimaschutzziele einhalten kann. In den nächsten 5 Jahren entscheiden wir, wie
3 wir zukünftig leben wollen und können. Der Deutsche Wetterdienst und auch der
4 Klimawandeldienst Copernicus bescheinigen, dass 2024 das wärmste Jahr seit 1850
5 war. Erstmals lag die globale Durchschnittstemperatur 1,6 Grad über dem
6 vorindustriellen Niveau. Das ist ein massives Problem: Mit der Überschreitung
7 der 1,5 Grad Grenze droht das Überschreiten von planetaren Kippunkten und das
8 Eintreten von irreversiblen Schäden, die unser Überleben gefährden. Schon jetzt
9 sterben in Deutschland Menschen an den Folgen der Klimakrise. In Berlin ist
10 insbesondere Hitze ein Problem. Wir müssen jetzt handeln, denn jede Tonne
11 ausgestoßene Treibhausgase zählt. Gleichzeitig sehen wir, dass der schwarz-rote
12 Senat die existenzielle Notwendigkeit von Klimaschutz verkennt und dringend
13 benötigte Schutzmaßnahmen für die Menschen in unserer Stadt nicht umsetzt. Dabei
14 gibt es so viel zu tun:

15 Klimagesetz stärken

16 Die Zeit wird knapp. Wenn Berlin die nächsten 5 Jahre nicht auf Vollgas-
17 Klimaschutz umstellt, wird das 2030-Ziel faktisch unerreichbar. Das
18 Klimaschutzgesetz und die Selbstverpflichtungen von Paris reichen nicht aus,
19 schon jetzt haben wir die 1,5 Grad Marke überschritten. Wir müssen
20 ambitionierter werden und nicht erst 2050 wie das Klimaschutzgesetz Berlins,
21 oder 2045 wie die Grünen Berlin für die Klimaneutralität anstreben, sondern
22 bereits 2030 klimaneutral zu sein, muss unsere Maßgabe sein. Aus den Zielen im
23 Berliner Klimaschutzgesetz müssen Verpflichtungen werden, die bei
24 Nichteinhaltung sanktionsfähig sind und Interventionen nach sich ziehen.

25 Klimaschutz geht nur sozial gerecht

26 Klimaschutz und Sozialpolitik gehören für uns untrennbar zusammen. Das wollen
27 wir im Wahlprogramm der Grünen genau so festschreiben. Denn: Für den Klimaschutz
28 dürfen Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Her mit dem Klimageld
29 auf Bundesebene! Berlin muss zudem sicherstellen, dass Klimaschutz durch
30 Sanierungen nicht zu teuren Nettowarmmieten führt. Für uns ist klar: Für
31 Klimaschutzmaßnahmen müssen immer die Akteure zahlen, die sie verursachen:
32 Klimaverschmutzende Konzerne!

33 Energieversorgung neu denken: Berlin als Solarstadt

34 Berlin muss massiv in erneuerbare Energien investieren, um unabhängig von
35 fossilen Energien zu werden. Es darf keine neuen Investitionen in fossile
36 Energien geben.

37 Dafür braucht es eine Solarpflicht: Solaranlagen zu installieren muss bei
38 Neubauten und Sanierungen verpflichtend werden. Öffentliche Gebäude,
39 Gewerbedächer, an Fassaden und über Parkplätze, überall müssen Solaranlagen
40 angebracht werden. Damit die Nettowarmmieten gleich bleiben, braucht es eine

41 umfassende finanzielle Unterstützung. Zudem müssen bürokratische Hürden in der
42 Beantragung und Genehmigung abgebaut werden, mehr Personal in den relevanten
43 Verwaltungen angestellt werden und umfassende Beratungs- und
44 Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden.

45 Die Berliner Stadtwerke sollen in den umliegenden Bundesländern erneuerbare
46 Energie-Infrastruktur kaufen. Außerdem sollen die Berliner*innen dabei
47 unterstützt werden Energiegenossenschaften zu gründen und ihren Strom oder ihre
48 Wärme selbst zu produzieren. Damit dieses Angebot auch von Menschen mit wenigen
49 finanziellen und zeitlichen Ressourcen genutzt werden kann, sollen
50 Quartiersmanagementbüros aufsuchende Pilotprojekte starten.

51 Keine Profite mit unseren Grundbedürfnissen!

52 Berlin hat die Strom- und Fernwärmenetzwerke zurück zurückgekauft. Wärme und
53 Strom sind Grundbedürfnisse und dürfen nicht Profitlogiken unterliegen. In einem
54 klimaneutralen Berlin werden wir absehbar kein fossiles Gas und dadurch auch
55 keine Gasverteilnetze mehr benötigen. Es muss daher still gelegt werden. Zentral
56 für uns ist, dass dieses auslaufende Modell nicht zum Profit privater
57 Unternehmen und zur Belastung öffentlicher Kassen sowie der betroffener
58 Berliner*innen werden darf. Betroffene müssen rechtzeitig über die Stilllegung
59 informiert und die Beschäftigten in den Prozess eingebunden werden. Wie Strom
60 und Wärme produziert und verteilt werden, wollen wir gemeinsam demokratisch
61 entscheiden. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer Einführung eines
62 Verwaltungsrates bei BEW wie ihn der Berliner Energietisch vorgeschlagen hat.
63 Das Berliner Wärmenetz ist veraltet und muss massiv umgebaut werden, um
64 zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden. Die GASAG muss bei den
65 Investitionen für die Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien
66 beteiligt werden, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Auch das Stromnetz
67 muss zukünftig umfassend ausgebaut werden, um neuen Bedarfen gerecht zu werden:
68 neue Wärmepumpen, das Einspeisen von erneuerbaren, dezentral produzierten Strom
69 und Ladestationen überall in der Stadt. Berlin muss diese Chance nutzen, die
70 Klimapolitik direkt zu steuern. Wer Strom und Wärme bezieht, sollte auch
71 mitentscheiden können, wie sie produziert wird. Strom und Wärmekosten dürfen
72 nicht ins Unermessliche steigen. Deswegen ist es wichtig die Verbraucher*innen
73 mit einem Energie- und Wärme-Preisdeckel zu schützen. Wir wissen, der Markt
74 regelt nicht, sondern die Politik muss den Rahmen setzen.

75 Der Wärmewende einheizen

76 Rund die Hälfte der CO₂-Emissionen in Berlin kommt aus der Gebäudewärme. Wenn
77 Berlin klimaneutral werden will, muss die Wärmeversorgung radikal umgestellt
78 werden. Zu lange aber wurde die Wärmewende verschlafen - wir brauchen jetzt
79 Antworten, Lösungen und Unterstützungsangebote für Privathaushalte und
80 Verbraucher*innen: Welche Wärme für sie infrage kommt, was in ihrem Viertel
81 entstehen wird und welche Gemeinschaftslösungen kman finden kann. Berlin hat
82 einen hohen Anteil an Fernwärme. Sowohl die dezentrale Wärmeversorgung, als auch
83 die Fernwärme beruhen jedoch weiterhin zu großen Anteilen auf Ergas. Auch hier
84 muss der Gasausstieg und eine Dekarbonisierung stattfinden. Das Gasnetz muss
85 stillgelegt werden, statt es für Wasserstoff umzuwandeln:

86 Wasserstoff dezentral zu verwenden ist ineffizient. "Grün" ist Wasserstoff nur,
87 wenn er aus Überschüssen erneuerbarer Energie erzeugt wird. Für die Gewinnung
88 von Wasserstoff entsteht somit ein zusätzlicher Strombedarf. Auch hier bestehen

89 Risiken von neuen Abhängigkeiten und unkontrollierten Transportwegen, die zudem
90 technisch fragwürdig sind. Die Herstellung von "blauem" Wasserstoff ist nicht
91 erneuerbar, bleibt von fossilen Energieträgern abhängig und ist sehr
92 energieaufwendig. Blauer Wasserstoff ist wie CCS eine Ablenkungstaktik, die
93 letztendlich zu weiteren Investitionen für fossile Energieträger führt und wird
94 die Klimakrise nicht lösen. Eine Umwandlung des Gasnetzes in ein Wasserstoffnetz
95 lehnen wir deswegen ab. Die Verbraucher*innen müssen in den Prozess der
96 Transformation mit eingebunden und rechtzeitig informiert, sowie in der
97 Umrüstung auf Wärmepumpen oder wenn nötig auf Fernwärme unterstützt werden.

98 Die Wärmeversorgung muss unabhängig von fossilen Rohstoffen werden. Damit
99 Fernwärme in Berlin klimafreundlich wird und bezahlbar bleibt, braucht es einen
100 neuen Plan, der konsequent sämtliche Abwärme-, Umweltwärme-, Erdwärme- und
101 Wärmespeicherpotenziale ausschöpft und anerkennt, dass der Einsatz von Biomasse,
102 Müll und Wasserstoff nicht klimafreundlich ist und auf ein Minimum begrenzt
103 werden muss. Fernwärme ist nur sinnvoll als Klimaschutzmaßnahme, wenn sie
104 erneuerbar erzeugt wird.

105 Auch Biomasse ist hier nicht die Lösung. Holzverbrennung verursacht darüber
106 hinaus gesundheits- und klimaschädliche Feinstaub- und Rußbelastungen.
107 Holzverbrennung ist eine Hypothek auf die Zukunft – es braucht Jahrzehnte bis
108 Jahrhunderte, bis das durch die Verbrennung freigesetzte CO₂ wieder durch
109 nachwachsende Bäume gebunden ist. Statt Holz zu verfeuern, sollte es entweder
110 zum Biodiversitäts- und Klimaschutz im Ökosystem Wald verbleiben oder stofflich,
111 z.B. als Bau- oder Dämmstoff, genutzt werden. Nur so bleibt klimaschädliches CO₂
112 für einen möglichst langen Zeitraum im Holz gebunden.

113 Auch die Abfallverbrennung verursacht Treibhausgase. Die Abwärme der
114 existierenden unvermeidlichen Müllverbrennung soll jedoch genutzt werden. Die
115 Müllproduktion und Verbrennung soll insgesamt im Sinne der Berliner Zero-Waste-
116 Strategie möglichst gesenkt werden. Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling
117 gehen vor. Zusammen mit den Beschäftigten der BWE und der Zivilgesellschaft soll
118 ein Konzept erarbeitet werden, wie Fernwärme zu 100% erneuerbar werden kann.

119 Zudem fordern wir massive Investitionen in dezentrale Wärmepumpen, die dem
120 Gasnetz Konkurrenz machen, aber auch zentrale Großwärmepumpen. Die Investitionen
121 in Wärmepumpen schützen vor alten Gas- und neuen Wasserstoffabhängigkeiten.

122 Es braucht Investitionen in den Ausbau von Geothermie und die effizientere
123 Nutzung von Abwärme von Abwasser, Flusswasser, Rechenzentren und
124 Industriegebieten. Wo nicht Photovoltaik genutzt wird, muss auch die
125 Solarthermie ausgebaut werden. Zudem müssen Flächen für Wärmeplanung vorgesehen
126 werden. Projekte zum Ausbau von dezentralen Wärmepumpenclustern und zur
127 Gebäudesanierung sollen finanziell und durch Beratungsangebote unterstützt
128 werden für eine niedrighwellige und selbstbestimmte Transformation der
129 Wärmeversorgung. Wichtig ist insbesondere, dass finanzielle Mittel nicht erst
130 von den Privatpersonen vorgestreckt werden müssen, damit sich alle Menschen die
131 Transformation leisten können.

132
133 Wir wissen aber, dass nicht alle Berliner*innen in Fernwärmenetzgebieten wohnen.
134 Gerade in Gebieten, in denen keine Fernwärme umsetzbar ist, muss über
135 Alternativen aufgeklärt und Lösungen wie Nahwärmenetze und nachbarschaftliche
136 Lösungen gefördert werden. Wir fordern deshalb, dass der Senat Wärmeberatungen

137 in allen Bezirken finanziert und gesetzliche sowie verwaltungstechnische Hürden
138 für Nahwärmenetze und kooperative Lösungen zwischen privaten und öffentlichen
139 Abnehmer*innen fördert.

140 Her mit der Kohle - Weg mit der Schuldenbremse!

141 CO2 und Treibhausgasemissionen müssen radikal gesenkt werden. Zudem braucht es
142 die beschriebenen umfassenden Anpassungsmaßnahmen, damit wir zu jeder Jahreszeit
143 gut in unserer Stadt leben können. Das alles kostet Geld: deswegen bekräftigen
144 wir: Weg mit der Schuldenbremse. Wir brauchen massive Investitionen in
145 Klimaschutz, Klimaanpassungsmaßnahmen und Klima-Infrastruktur wie die Sanierung
146 öffentlicher und privater Gebäude, die Geothermie, den Solarausbau und eine
147 zukunftsfähige Wärmeversorgung.

148 Wir dürfen nicht vernachlässigen, dass die Klimakrise auch eine komplexe
149 ökologische Krise und Querschnittsthema ist, deswegen fordern wir:

150 • Vegan- und Bio-Standard: vegane, vegetarische, bezahlbare und nachhaltige
151 Optionen in allen Kitas, Schulen und Behörden, Verbot von fleischhaltigen
152 Angeboten. Jede öffentliche Einrichtung (Schulen, Universitäten, Behörden,
153 Krankenhäuser) sollte täglich eine vollwertige, bezahlbare vegane Mahlzeit
154 anbieten. Subventionen für Fleisch- und Milchprodukte müssen gestrichen
155 oder auf nachhaltige pflanzliche Alternativen umgelenkt werden.

156 • Tierfreundliches Stadttauben-Management

157 ◦ Betreute Taubenschläge mit Eiertausch statt Töten: Erfolgreiche
158 Konzepte aus anderen Städten (z. B. Augsburg) sollten auch in Berlin
159 umgesetzt werden.

160 ◦ Verbot der privaten Fütterung, aber Einrichtung offizieller
161 Futterstellen: Um unkontrollierte Vermehrung und gesundheitliche
162 Probleme zu verhindern.

163 • Ökologie

164 ◦ Insekten sichern Ökosysteme – Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit und
165 Nahrungsnetze hängen direkt von Insekten ab. Gesunde Ökosysteme mit
166 hoher Biodiversität sind widerstandsfähiger gegen Klimafolgen.

167 ■ Verbot von Schottergärten: Diese sind ökologisch wertlos und
168 zerstören Lebensräume für Insekten und Kleintiere.

169 ■ Pflicht für insektenfreundliche Beleuchtung: Straßenlaternen
170 und Gebäudeleuchten müssen so umgerüstet werden, dass sie
171 nachtaktive Insekten nicht anlocken und töten.

172 ■ Schaffung von mehr Blühstreifen und geschützten Nistflächen
173 für Bienen

174 ■ Mehr Mittel für eine nachhaltige Grünpflege, welche
175 insbesondere Berliner Zielarten in den Fokus nimmt

- 176 ◦ Moore und Feuchtwiesen speichern Kohlenstoff und tragen aktiv zu
177 mehr Klimaschutz bei. Wir fordern deshalb, dass im Sinn der
178 Klimaziele die konsequente Wiedervernässung von Mooren und
179 Feuchtwiesen in Berlin vorangetrieben wird. Es muss sichergestellt
180 werden, dass alle diese Flächen angemessen mit Wasser versorgt
181 werden.
- 182 ◦ Waldumbau konsequent vorantreiben: Um die Berliner Wälder
183 resilienter gegen Trockenheit und Waldbrände zu machen und die
184 Anreicherung von Grundwasser zu stärken, brauchen wir mehr
185 Mischwälder. Das unter Rot-Grün-Rot gestartete Programm zum Umbau
186 der Berliner Wälder muss vorangetrieben werden. Auch den Bezirken
187 müssen entsprechende Mittel zum Umbau von Park- und Grünflächen zur
188 Verfügung gestellt werden.

189 Klimaanpassung konsequent umsetzen

190
191 Bereits heute süren wir wie Hitzewellen und Extremwetterereignisse das Berliner
192 Stadtklima massiv beeinflussen. Die zunehmende Erderwärmung verschärft diese
193 Entwicklung. Wasser wird in der Stadt zunehmend zu einer knapperen Ressource
194 und gleichzeitig spüren vor allem Menschen mit geringen Einkommen und in der
195 Obdachlosigkeit die Erhitzung der Stadt am stärksten . Wir fordern deshalb:

- 196 • Entsiegelung und Begrünung muss vorangebracht werden: Es geht nicht, dass
197 Schwarz-Rot die Entsiegelungsmittel des Stadtverschönerungsprogramms
198 eingestampft hat. Fakt ist: Wenn wir Klimaschutz vor Ort leisten wollen,
199 brauchen wir mehr Entsiegelung, mehr Begrünung und mehr Schatten. Wir
200 brauchen hierfür eine unkomplizierte, direkte Hilfe für die Bezirke.
- 201 • Hitzehilfe im Sommer: Gerade einkommenschwache und obdachlose Menschen
202 sind im Sommer Hitzewellen oft schutzlos ausgeliefert. Parallel zur
203 Kältehilfe brauchen wir im Sommer eine flächendeckende Hitzehilfe, um
204 kühle Räume, medizinische Unterstützung und Schutz zu bieten.
- 205 • Wasserverschwendung entgegenzutreten: Während Trockenperioden in Berlin
206 immer mehr zur Regel und das Wasser in der Spree immer knapper wird, gibt
207 es weiterhin sowohl umfassende, kostenlose Entnahmen von Wasser aus
208 Fließgewässern sowie Menschen, die für Rasen und Pool massive Mengen
209 Wasser verwenden. Wir fordern, dass es unterschiedliche Wassertarife für
210 Normal- und Großverbraucher geben soll.

211 Die Klimakrise war 2021 und 2023 das bestimmende Thema und der rote Faden im
212 Wahlprogramm der Grünen für die Abgeordnetenhauswahl. Die Krise hat sich
213 zugespitzt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grünen Berlin nicht hinter ihren
214 bisherigen Forderungen zurückbleiben und sozialgerechten Klimaschutz wieder als
215 ein zentrales Thema in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und ihres gesamten
216 politischen Arbeitens stellen. Wenn nicht wir, wer sonst? Das Thema Klima muss
217 auch gesamtgesellschaftlich wieder ein zentrales Thema werden. Die Krise löst
218 sich nicht von selbst, wenn wir einfach nicht darüber sprechen. Auch die
219 Verteidigung des Tempelhofer Felds, des Emmauswalds, der A100 und der Wuhlheide
220 sind Kämpfe im Kontext der Klimakrise und des Kapitalismus.

- 221 Im Wahlprogramm Prozess setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür ein
222 wissenschaftliche und aktivistische Expert*innen zum Thema Gasausstieg und Wärme
223 Potentialen hinzuzuziehen.

Beschluss Für ein solidarisches und gerechtes Berlin – Gesundheitsversorgung, Pflege und Sport für alle!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Die Krisen unserer Zeit machen auch vor unserer Stadt nicht halt. Ein
2 überlastetes Gesundheitssystem, eine unterfinanzierte Pflege und ungleiche
3 Zugänge zu Sport- und Freizeitangeboten sind nur einige der Probleme, die viele
4 Menschen in unserer Stadt betreffen. Jahrzehntelange Sparpolitik und eine
5 zunehmende Kommerzialisierung haben dazu geführt, dass soziale Gerechtigkeit im
6 Gesundheits- und Pflegebereich immer weiter in den Hintergrund rückt.
7 Gleichzeitig fehlt es an einer konsequenten und inklusiven Förderung von Sport.
8 Als Grüne Jugend Berlin können wir das nicht hinnehmen! Ein lebenswertes Berlin
9 ist nur möglich, wenn alle Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft oder
10 Geschlecht gleichberechtigten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und
11 gesellschaftlicher Teilhabe haben.

12 Gute Pflege durch gute Arbeitsbedingungen für 13 Beschäftigte

14 Jeder Mensch ist in seinem Leben auf Pflege und Fürsorge durch seine Mitmenschen
15 angewiesen, egal ob durch Angehörige oder professionelles Pflegepersonal. Pflege
16 ist das Rückgrat unseres Gesundheitssystems und betrifft uns alle.

17 Pflegekräfte leisten einen elementaren Teil der Gesundheitsversorgung in unserer
18 Stadt und der Druck auf sie steigt stetig. Fehlende Fachkräfte, schlechte
19 Arbeitsbedingungen und eine profitorientierte Finanzierung des Gesundheitswesens
20 gefährden eine menschenwürdige Pflege. Das ist nicht hinnehmbar.

21 Für uns als Grüne Jugend Berlin ist klar: Wir brauchen eine grundlegende Reform
22 der Pflegepolitik! Dazu gehören bessere Arbeitsbedingungen für Pflegenden, eine
23 gerechte Finanzierung sowie eine stärkere Anerkennung dieser unverzichtbaren
24 Arbeit. Pflege muss am Menschen orientiert sein – nicht an wirtschaftlichen
25 Interessen.

26 Als Grüne Jugend Berlin fordern wir daher:

27 Gesetzliche Personalbemessung - Mehr Personal, bessere Pflege!

28 Wir fordern die Einführung eines verbindlichen Bemessungsinstrumentes für den
29 Personalbedarf auf Basis pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse. Außerdem bedarf
30 es einer Festlegung einer gesetzlichen Mindestbesetzung auf Basis von
31 Personalbemessungsinstrumenten, um Überlastung zu vermeiden und eine sichere
32 Versorgung zu gewährleisten. Als Übergangslösung muss außerdem die PPR 2.0
33 kurzfristig umgesetzt werden, bis ein langfristiges, wissenschaftlich fundiertes
34 System entwickelt ist.

35 Gute Ausbildung – für eine nachhaltige Zukunft der Pflege in Berlin!

36 Die Ausbildung von Pflegefachkräften ist ein elementarer Baustein des
37 Pflegesystems. Um Auszubildende bestmöglich zu unterstützen, bedarf es der

38 Bereitstellung relevanter Lehrmaterialien und uneingeschränkter Zugang zu
39 Fachliteratur. Ebenso elementar sind ausreichende räumliche, technische und
40 personelle Ausstattung mit einem maximalen Verhältnis von 1:15 zwischen
41 Lehrenden und Auszubildenden. Darüber hinaus stellen wir uns gegen die
42 Anrechnung von Auszubildenden auf den Stellenplan, um echte Ausbildungsqualität
43 zu gewährleisten. Azubis sollen auf sichere Weise praktische Erfahrung sammeln
44 und ihre Kenntnisse festigen.

45 Gerechte Finanzierung – Weg von der Gewinnmaximierung!

46 Pflege ist für die Menschen da und nicht um Profite zu machen. Wir fordern daher
47 die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung landeseigener
48 Pflegeeinrichtungen ohne Profitorientierung.

49 Politisches Mitbestimmungsrecht – Pflege muss mitentscheiden!

50 Pfleger*innen müssen an Entscheidungen beteiligt werden. Wir fordern daher eine
51 stärkere Einbindung pflegerischer Expertise in Krisenstäbe und
52 gesundheitspolitische Entscheidungsprozesse des Berliner Senats. Darüber hinaus
53 fordern wir auch den Ausbau von Gremien zur Interessenvertretung von
54 Pflegekräften auf Landesebene.

55 Pflege ist ein gesellschaftlicher Grundpfeiler – doch sie kann nur dann
56 funktionieren, wenn die Menschen, die sie leisten, unter guten Bedingungen
57 arbeiten können. Die Grüne Jugend Berlin kämpft für eine bessere Pflege – für
58 die Menschen, die sie leisten, und für die, die auf sie angewiesen sind!

59 Ein Gesundheitssystem für alle Menschen in unserer Stadt

60 Gesundheit darf nicht von Einkommen, sozialem Status, Herkunft oder Geschlecht
61 abhängen. Doch jahrzehntelange Sparpolitik hat dazu geführt, dass die
62 Wirklichkeit immer weiter von diesem Anspruch entfernt ist. Die Folgen sind
63 lange Wartezeiten, eine Überlastung von medizinischem Personal und eine Zwei-
64 Klassen-Medizin, die Ungleichheiten verschärft.

65 Als Grüne Jugend Berlin setzen wir uns für ein solidarisches,
66 gemeinwohlorientiertes und zukunftsfähiges Gesundheitssystem für alle Menschen
67 in unserer Stadt ein. Für die Menschen die Gesundheitsversorgung in Anspruch
68 nehmen und die, die sie leisten.

69 Daher fordern wir als Grüne Jugend Berlin:

70 Faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten!

71 Wir stellen uns klar hinter die Forderungen der Berliner Krankenhausbewegung.
72 Zum Gesundheitssystem gehören nicht nur Ärzt*innen und Pfleger*innen.
73 Reinigungskräfte, Essensversorgung und weitere systemrelevante Berufe sind für
74 den Krankenhausbetrieb unverzichtbar und dürfen nicht schlechter behandelt
75 werden. Die TvÖD muss daher für alle Beschäftigten der Vivantes-Töchter gelten.

76 Psychische Gesundheit stärken

77 Wer in Berlin psychotherapeutische Hilfe sucht, ist oftmals mit langen Warte-
78 und Suchzeiten konfrontiert. Dabei ist in mentalen Notsituationen schnelle und
79 persönliche Hilfe essenziell, teilweise lebenswichtig. Wir fordern deshalb eine
80 personelle und finanzielle Förderung psychiatrischer Einrichtungen und

81 Krankenhäuser, um Überlastung und Versorgungslücken zu verringern. Darüber
82 hinaus fordern wir die Schaffung einer zentralen Beratungsstelle in Berlin, die
83 Hilfesuchende niedrigschwellig informiert, unterstützt und an geeignete Stellen
84 weitervermittelt. Menschen die psychotherapeutische Hilfe benötigen sind oft
85 nicht in der Lage sich selber Hilfe zu suchen. Um diesen Menschen zu helfen
86 fordern wir das Vermittlungsangebot der kassenärztlichen Vereinigung zu
87 erweitern. Diese soll neben der Psychotherapeutischen Sprechstunde auch als
88 Vermittlungsstelle für einen niedrigschwelligeren Zugang zu längerfristige
89 Therapie dienen. Wir fordern die Stärkung und Unterstützung von Beratungs und
90 Informationsstellen, und wenn nötig fordern wir eine bedarfsgerechte Erweiterung
91 dieser Angebote.

92 Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, das Projekt "Nummer gegen Kummer" mit
93 sofortiger Wirkung zu refinanzieren.

94 Wir kämpfen weiterhin gegen eine Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen
95 an. Dazu gehört, dass psychische Erkrankungen kein Ausschlusskriterium für die
96 Einstellung oder Verbeamtung sein dürfen.

97 Schulgesundheitspflege implementieren

98 Wir setzen uns für die Einführung von Schulgesundheitsfachkräften an Berliner
99 Schulen, um die Gesundheitsversorgung, Gesundheitsförderung und Prävention zu
100 stärken. Diese Fachkräfte sollen Aufgaben wie Erste Hilfe, Betreuung bei akuten
101 Erkrankungen, Unterstützung von Schüler*innen mit chronischen Krankheiten oder
102 Behinderungen, regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen, Beratung und
103 Präventionsmaßnahmen übernehmen. Die Implementierung soll wissenschaftlich
104 begleitet und durch das Land Berlin finanziert werden.

105 **Demographischer Wandel**

106 Unsere Gesellschaft verändert sich laufend und wird immer älter. Das bringt in
107 vielen Bereichen Herausforderungen mit sich. Als Grüne Jugend Berlins setzen wir
108 uns für eine generationengerechte Politik ein, die die Interessen von allen
109 Generationen, sowie zukünftigen Generationen konsequent mitdenkt.

110 Als Grüne Jugend Berlin fordern wir daher:

111 Wahlalter ab 12 - Demokratische Teilhabe ermöglichen!

112 Als Grüne Jugend Berlin lehnen wir die Beschränkung des Wahlrechts aufgrund des
113 Alters einer Person ab. Langfristig muss das politische Ziel sein, Wahlrecht
114 bereits ab der Geburt zu ermöglichen. Kurzfristig setzen wir uns für eine
115 Herabsetzung des Wahlalters auf 12 Jahre für Wahlen des Berliner
116 Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen ein.

117 Wir fordern außerdem einen Ausbau von politischen Bildungsangeboten für alle
118 Bevölkerungsgruppen. Die Inhalte davon müssen für alle Teile der Gesellschaft
119 verfügbar sein und verständlich sowie barrierearm aufbereitet werden.

120 Außerdem müssen auch Wahlen selbst verständlich und barrierearm gestaltet
121 werden.

122 Drogenpolitik - Verbotspolitik war gestern!

123 Die teilweise Legalisierung von Cannabis auf Bundesebene war ein Schritt in die
124 richtige Richtung, sie reicht allerdings nicht aus. Es braucht eine vollständige
125 Legalisierung, einhergehend mit umfassenden Aufklärungsmaßnahmen und
126 Hilfsangeboten für Suchterkrankte. Statt Verbotspolitik erkennen wir die
127 Lebensrealität der Menschen an und versuchen sie in dieser zu unterstützen.

128 Als Grüne Jugend Berlin fordern wird:

129 Bessere Hilfsangebote für Konsument*innen

130 Es braucht einen Ausbau der Angebote des Drug-Checkings: Konsument*innen von
131 Drogen müssen in der Lage sein, informierte Entscheidungen zu treffen. Drug-
132 Checking ermöglicht es Personen, genau herauszufinden, ob Drogen mit
133 gesundheitsschädlichen Stoffen gestreckt wurden. Dabei ist wichtig, dass solche
134 Checks kostenlos und anonym stattfinden, damit Nutzer*innen vor Strafverfolgung
135 sicher sind. Zudem braucht es den Ausbau von Drogenkonsumräumen, damit diese
136 flächendeckend verfügbar sind.

137 Cannabis-Modellprojekte in ganz Berlin

138 Die Bezirke Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg haben sich auf den Weg
139 gemacht, ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur Abgabe von Cannabis
140 zum Freizeitkonsum zu ermöglichen. Das begrüßen wir und fordern weitere Projekte
141 in ganz Berlin.

142 Sportmetropole für alle!

143 Berlin ist eine Sportmetropole. Dafür ist jedoch nicht nur der Profisport
144 verantwortlich. Für viele Menschen in unserer Stadt gehört Sport zum Alltag und
145 leistet einen wichtigen Beitrag zur physischen und mentalen Gesundheit! Für uns
146 als Grüne Jugend Berlin ist deshalb klar: Sport ist für alle da und muss daher
147 in allen Bereichen gerecht finanziert, strukturell gestärkt und
148 diskriminierungsfrei zugänglich sein. Die Berliner Sportlandschaft muss so
149 gestaltet werden, dass sie sowohl Breiten- als auch Leistungssport fördert und
150 gleichzeitig allen Bevölkerungsgruppen offensteht.

151 Der Sanierungsstau der Berliner Sportstätten und Schwimmbäder muss gezielt
152 bekämpft werden. Zu oft scheitert Sport daran, dass es an Plätzen zum Trainieren
153 mangelt oder Sportstätten in einem maroden Zustand sind. Wir setzen uns für eine
154 konsequente Sanierung und den Ausbau von Sportinfrastruktur ein, damit Sport für
155 alle Menschen in Berlin zugänglich bleibt.

156 Als Grüne Jugend Berlin fordern wir:

157 Mehr und bessere Sportstätten für unsere Stadt

158 Berlin braucht mehr multifunktionale Sportstätten, die für verschiedene
159 Sportarten genutzt werden können. Die Sanierung der bestehenden Sportstätten muss
160 konsequenter, nachhaltiger und geordneter erfolgen. Sportstätten und öffentliche
161 Sportanlagen müssen barrierefrei zugänglich sein, damit Menschen mit
162 Behinderungen gleichberechtigt am Sport teilnehmen können.

163 Ein gerechtes und transparentes Sportbudgeting

164 Wir fordern den Senat, die Bezirkssportämter sowie die Landes- und
165 Bezirkssportbünde auf, ein umfassendes Gender- und Sportartenbudgeting
166 einzuführen. Dies muss auch die Vergabe von Sportstättenbelegungen umfassen,
167 damit alle Gruppen gleichberechtigt Zugang zu Sportanlagen erhalten. Das
168 Budgeting muss öffentlich einsehbar sein und zu realen Veränderungen führen.
169 Frauen- und queere Sportangebote sowie inklusive Sportprojekte müssen gezielt
170 gefördert werden, um strukturelle Ungleichheiten abzubauen.

171 Faire Kostenverteilung im Profisport

172 Polizeigewalt und ein übermäßiges, militarisiertes Auftreten der Polizei sind
173 bei Fußballspielen keine Seltenheit.

174
175 Für uns ist klar, dies ist keine Lösung, um Gewalt zu reduzieren und wir
176 kritisieren dieses Auftreten scharf. Wir fordern außerdem Präventivmaßnahmen wie
177 Awareness-Konzepte der Vereinen bei Veranstaltungen und Spielen, insbesondere
178 bei Hochrisikospielen.

179 Um eine faire Kostenverteilung im Profisport zu fördern, muss der Berliner Senat
180 muss sich der Bremer Praxis anschließen und die extra Kosten für
181 Hochrisikospiele an die Deutsche Fußball Liga (DFL) weiterleiten. Es ist nicht
182 hinnehmbar, dass die Allgemeinheit für die hohen Sicherheitskosten bei
183 bestimmten Fußballspielen aufkommt, während Vereine hohe Einnahmen erzielen.
184 Dabei ist klar, dass diese Praxis nur für gewinnorientierte Veranstaltungen
185 gilt, an der voraussichtlich mehr als 5.000 Personen zeitgleich teilnehmen
186 werden, wenn wegen erfahrungsgemäß zu erwartender Gewalthandlungen der Einsatz
187 von zusätzlichen Polizeikräften vorhersehbar erforderlich wird.

188 Schwimmbäder sanieren

189 Schwimmbäder sind für den Schul- und Breitensport essentiell und müssen instand
190 gehalten und ausgebaut werden. Darüber hinaus kann Schwimmen überlebenswichtig
191 sein. Daher muss sichergestellt werden, dass alle Berliner*innen die
192 Möglichkeiten haben, Schwimmen zu lernen, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer
193 Herkunft oder anderen Merkmalen. Wir als Grüne Jugend Berlin fordern kostenlosen
194 Zugang für Schüler*innen in Schwimmbäder.

195 E-Sport als Sport anerkennen und gemeinnützig gestalten

196 In Berlin gibt es bereits heute zahlreiche Vereine in denen Mitglieder
197 professionel E-Sports betreiben. Die Mitglieder trainieren dabei oft mit
198 Trainingsplänen, um ihre mentale und physische Fitness zu steigern. Vereine
199 können auch bei der Suchtprävention eine elementare Rolle spielen und bieten
200 einen Ort des sozialen Austausches. Daher müssen E-Sport Vereine in Berlin
201 stärker unterstützt werden. Ohne eine Anerkennung von E-Sport als Sport bleiben
202 ihnen jedoch Zugänge zu Fördermöglichkeiten verwehrt. Daher fordern wir vom
203 Berliner Senat E-Sport als Sport anzuerkennen.

204 Ehrenamt in Sportvereinen fördern

205 Eine solidarische Gesellschaft lebt von Menschen, die sich für andere Menschen
206 einsetzen. Berlinweit sind das unter anderem über 60.000 Menschen, die
207 ehrenamtlich z.B. als Betreuer*innen, Trainer*innen, Schiedsrichter*innen oder
208 Platzwärter*innen in Sportvereinen aktiv sind und das Fundament des
209 organisierten Sports bilden.

210 Dieses ehrenamtliche Engagement wollen wir als Grüne Jugend Berlin durch eine
211 Erhöhung der Ehrenamtszuschale und die regelmäßige Überprüfung und Anpassung
212 der Übungsleitungszuschale fördern, so dass auch Menschen mit geringem
213 Einkommen diese Tätigkeiten ausüben können. Neben der finanziellen Förderung
214 setzen wir uns auch für die Stärkung der Aus- und Fortbildung von Trainer*innen
215 ein. Dabei soll in der Ausbildung von Trainer*innen das Thema "sexualisierte
216 Gewalt im Sport" verpflichtend sein sowie die Information zu
217 Präventionsmaßnahmen und Schutzkonzepten.

218 Frauensport fördern – Sport ist nicht nur Männerfußball

219
220 Frauensport hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung und Aufmerksamkeit
221 gewonnen. Dennoch bleibt die finanzielle und mediale Unterstützung im Vergleich
222 zum Männersport, insbesondere zum Männerfußball, unzureichend. Als Grüne Jugend
223 Berlin setzen wir uns dafür ein, dass Sportler*innen die Aufmerksamkeit,
224 Reichweite und Förderung erhalten die ihnen zusteht. Ein Mittel dafür können
225 auch sportliche Großveranstaltungen im Frauensport sein.

226
227 Für uns als Grüne Jugend Berlin ist klar, dass solche Sportgroßereignisse
228 ökologisch nachhaltig gestaltet werden müssen und Deutschland eine Vorbildrolle
229 für soziale Standards und Menschenrechte einnehmen muss. Demonstrationsverbote,
230 wie sie zuletzt von der UEFA im Zuge der Herren Fußball-Europameisterschaft 2024
231 gefordert wurden, lehnen wir entschieden ab. Wenn solche Forderungen zur
232 Bedingung einer Austragung werden, ist das für uns nicht akzeptabel. Damit geht
233 auch einher, dass die Bedingungen für die Austragung von Großveranstaltungen
234 transparent gemacht werden müssen und für die Öffentlichkeit einsehbar sein
235 müssen.

236 Eine zentrale Frage bei sportlichen Großveranstaltungen ist auch die
237 Kostenverteilung. Es muss dabei stets sichergestellt werden, dass sportliche
238 Großereignisse nicht auf Kosten des Breitensportes finanziert werden. Außerdem
239 lehnen wir Veranstaltungen ab, deren Kosten größtenteils durch die
240 Steuerehenden getragen werden, während die Gewinne privatisiert werden.
241 Steuerbefreiung für die austragenden Unternehmen lehnen wir ab, um eine faire
242 Lastenverteilung sicherzustellen.

243
244 Insofern diese Bedingungen erfüllt sind begrüßen wir auch die Initiative von
245 Deutschland sich um die Frauen Fußball-Europameisterschaft 2029 zu bewerben.

246 Sportliche Förderung in der SchuleMancherorts fällt in Berlin jahrelang wegen
247 maroder Sporthallen der Sportunterricht aus. Daher setzen wir uns alle Grüne
248 Jugend Berlin für ein berlinweites Förderprogramm zur Sanierung und Neubau von
249 Sporthallen an Schulen ein. Dabei sollen die Standards der UN-
250 Behindertenrechtskonvention beachtet und Orte geschaffen werden, an denen alle
251 Jugendlichen und Kinder in ihrer Freizeit die Möglichkeit erhalten, kostenlos
252 Sport zu treiben. Des Weiteren sollte der Sportunterricht nicht auf
253 Leistungsdruck durch Noten basieren, sondern stattdessen den Spaß von Kindern an
254 Sport und Bewegung fördern.

255 Sport in Berlin darf kein Luxus sein. Ob Breiten- oder Leistungssport, jede*r
256 muss Zugang zu guten Sportangeboten und Sportstätten haben. Die Grüne Jugend
257 Berlin setzt sich dafür ein, dass Sportstrukturen gerechter, inklusiver und
258 nachhaltiger gestaltet werden!

Beschluss The kids aren't alright - Gerechte Bildung für Groß und Klein ins Berliner AGH-Wahlprogramm 2026

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Bildung sollte kein Privileg, sondern ein Grundrecht sein – unabhängig von
2 sozialer Herkunft, finanziellen Mitteln oder Wohnort. Doch in Berlin sind
3 Chancen ungleich verteilt: Frühkindliche Bildung hängt von Kitaplätzen und
4 Personalschlüsseln ab, Schulen sind unterfinanziert und selektiv,
5 Ausbildungsplätze bleiben für viele unerreichbar, und Hochschulen werden
6 zunehmend von Leistungsdruck und sozialer Auslese geprägt. Junge Menschen
7 brauchen ein Bildungssystem, das nicht aussortiert, sondern unterstützt – mit
8 kostenfreier und guter Bildung von Anfang an, demokratischen Schulen ohne
9 Notendruck, einer garantierten Ausbildungsperspektive und einer Hochschule, die
10 allen offensteht. Wir fordern eine radikale Umgestaltung, die Chancengleichheit
11 zur Realität macht.

12 Frühkindliche Bildung

13 Die frühkindliche Bildung muss als eigenständiger Bildungsbereich gestärkt
14 werden und darf nicht primär einer schulvorbereitenden Funktion untergeordnet
15 werden. Kitas sind Bildungsorte, keine reinen Betreuungsstätten. Um gleiche
16 Bildungschancen für alle Kinder zu gewährleisten, fordern wir:

- 17 1. Die schrittweise Abschaffung privater Kitas und die vollständige
18 Finanzierung frühkindlicher Bildung durch die öffentliche Hand,
- 19 2. Die Abschaffung von Elternzuzahlungen, um den Zugang zu frühkindlicher
20 Bildung unabhängig von finanziellen Ressourcen zu gewährleisten. Zur
21 vermögens- und einkommensgerechten Beteiligung am Bildungssystem müssen
22 übergreifende Lösungen im steuerlichen Bereich gefunden werden,
- 23 3. Die Abschaffung der nur 95%-igen Förderung vom Senat und dadurch
24 entstehende Leistungsminimierung durch die Träger, um die ungedeckten
25 Kosten zu minimieren,
- 26 4. Die Veränderung des Systems hin zu einer Objektfinanzierung, um die
27 Infrastruktur und Qualität langfristig zu sichern
- 28 5. Ein verpflichtendes Kita-Jahr

29 Damit stellen wir sicher, dass frühkindliche Bildung allen Kindern gleichermaßen
30 zugutekommt und nicht von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst wird.

31 Schule

32 Wir wollen demokratische und gerechte Schulen für alle! Deshalb fordern wir:

33 • Konzept zur Information von Eltern nicht-deutscher Muttersprache zur
34 Einschulung

35 • grundlegende Demokratisierung von Berliner Schulen

36 ◦ SVen und Rechte der Schüler*innen stärken

37 Dazu gehört beispielsweise die Teilnahme an allen wichtigen Gremien
38 als stimmberechtigte Mitglieder, statt wie bisher lediglich in
39 beratender Funktion. Wir halten es zudem für sinnvoll, Mitglieder
40 der SV an Auswahlverfahren neuer Lehrkräfte beratend mitwirken zu
41 lassen und auch die Teilnahme an Studientagen für Lehrkräfte zu
42 erleichtern. Um die Durchschlagskraft von SV-Projekten zu stärken,
43 fordern wir schließlich ein festes Budget für diese. Ein solches
44 würde der Unabhängigkeit der SV zugute kommen und die Schüler*innen
45 würden den verantwortungsbewussten Umgang mit finanziellen
46 Ressourcen früh erlernen.

47 ◦ Lehrkräfte verpflichtend im Bereich Demokratiebildung ausbilden

48 ◦ Parität in der Schulkonferenz

49 ◦ eine Überarbeitung des §84a Klassenrat im Berliner Schulgesetz. Der
50 Klassenrat soll dort dezidiert als demokratiepädagogisches
51 Instrument gefasst werden, welches über die reine Konfliktklärung
52 hinaus der Mitbestimmung der Schüler*innen an Schulentwicklung und
53 Unterrichtsgestaltung dient. Schüler*innen sollen ab dem ersten
54 Schuljahr das Recht auf mindestens einen wöchentlichen Klassenrat
55 gewährt bekommen. Sie sollen per Schulkonferenz beschließen können,
56 dass der Klassenrat zwei Mal pro Woche stattfinden kann. Die Schulen
57 sollen die Aufgabe erhalten, die Schüler*innen über den Zweck des
58 Klassenrats und ihre Schüler*innenrechte intensiv aufzuklären.
59 Darüber hinaus sollen Lehrkräfte zu der Durchführung von Klassenrat
60 in der Lehramtsausbildung und durch Fortbildungen befähigt werden.
61 Dies ist ein notwendiger Bestandteil des Berufs.

62 ◦ Schulaufsicht: kontroll- und beratende Funktion muss getrennt werden

63 ◦ Demokratische Schulentwicklung fördern. Dazu zählt für uns, dass
64 Schüler*innen verstärkt in die Entwicklung von Lehrplänen und
65 Schulregeln integriert werden, die Zusammenarbeit von Schulen mit
66 Organisationen, wie den Zentralen für politische Bildung gestärkt
67 wird und Schüler*innen frühzeitig Einblicke in demokratische
68 Prozesse erhalten. Nur durch konkrete Maßnahmen kann sichergestellt
69 werden, dass eine demokratische Schulentwicklung stattfindet und

- 70 damit das Verständnis von Demokratie in der Schülerschaft geschärft
71 wird.
- 72 • Ziffernoten abschaffen und stattdessen Feedbackgespräche einführen
 - 73 ◦ an Grundschulen sofort, weiterführenden Schulen langfristig
 - 74 ◦ für Abschlüsse sind Noten aktuell notwendig, aber müssen mit
75 Berichten ergänzt werden
 - 76 • Hausaufgaben abschaffen -> Schul-Lernzeit einführen für vertiefende
77 Übungen
 - 78 • Berufseinstieg und Verbeamtung:
 - 79 ◦ Menschen, die Psychotherapie in Anspruch nehmen, schützen. Wir
80 wollen Diskriminierung gegen psychisch erkrankte Menschen verhindern
 - 81 ◦ Nichtverbeamtung wegen BMI beenden
 - 82 ◦ Verhindern, dass angehende Lehrkräfte wegen ihres demokratischen,
83 politischen Engagements auf dem Boden des Grundgesetzes in ihrer
84 Ausbildung behindert werden
 - 85 ◦ Kopftuchverbot für Lehrkräfte abschaffen
 - 86 • obligatorische Freistellung & verbindliche Wahrnehmung von Fortbildungen
 - 87 • Probeunterricht abschaffen, wir wollen eine freie Schulwahl &
88 unverbindliche Schulempfehlungen wie zB in Niedersachsen
 - 89 • inklusive Gemeinschaftsschule als präferiertes Schulmodell fördern
 - 90 • Inhalte der Informatik müssen in den Lehrplan integriert werden
 - 91 • die Abschaffung der Aufgliederung des Schulsystems und die Einführung
92 einer "Schule für alle", an der alle Schulabschlüsse erworben werden -
93 Gymnasien abschaffen!
 - 94 • die konsequente Umsetzung des verfassungsrechtlichen Sonderungsverbots,
95 damit die Zusammensetzung der Schüler*innen an Privatschulen der Vielfalt
96 Berlins entspricht
 - 97 • eine Stärkung des projektorientierten Unterrichts. Langfristiges Ziel soll
98 die Überwindung der Einteilung in Schulfächern sein. Wir wollen, dass
99 Schule in Zukunft projektorientiert stattfindet
 - 100 • multiprofessionelle Teams & Inklusion stärken
 - 101 ◦ Um Chancengleichheit und Inklusion zu fördern muss die Deckelung der
102 Lehrkräftestunden an Brennpunktschulen rückgängig gemacht werden.
103 Bis zur Etablierung inklusiver Regelschulen in ganz Berlin, muss in

104 jedem Bezirk die Förderung von Schülis aller Förderschwerpunkte
105 durch die Bereitstellung von Fachpersonalstellen, angemessenem
106 Material und Räumlichkeiten in Schwerpunktschulen ermöglicht werden.

107 • Lehrkräftebildung

108 ◦ die Erhöhung der Mittel für die Lehrkräftebildung zusätzlich zum
109 grundsätzlichen Mittelaufwuchs von 3,5%

110 ◦ faire Bezahlung des Praxissemesters

111 ◦ Aufwuchs der Studienplätze nach Schulform und Fachrichtung

112 ◦ Mentale Gesundheit, Beziehungsarbeit, Teamarbeit, Konfliktfähigkeit,
113 Antidiskriminierung, Demokratiebildung und kritische
114 Auseinandersetzung mit Machtstrukturen an Schulen

115 ◦ Aus- und Weiterbildung in den pädagogisch-didaktischen Möglichkeiten
116 digitalen Lehren und Lernens in einer digitalen Lernumgebung

117 ◦ Fort- und Weiterbildung für sprachsensiblen Fachunterricht

118 ◦ Ausbildung muss LK auf Differenzierung im Unterricht an
119 Gemeinschaftsschule vorbereiten

120 ◦ Modellprojekt für duale Lehramtsstudiengänge in Berlin einführen

121 • Lehrplan:

122 ◦ Wir fordern eine stärkere Betonung von Bildung für nachhaltige
123 Entwicklung (BNE) im Lehrplan, die über den fächerübergreifenden
124 Ansatz hinaus geht. Schüler*innen müssen unter anderem besser über
125 die Klimakrise, ihre Folgen, Gegenmaßnahmen und damit
126 zusammengehörende Gerechtigkeitsfragen aufgeklärt werden. BNE muss
127 künftig ein fester Bestandteil des Lehramtsstudiums in der
128 Bundeshauptstadt sein. Wir dürfen es nicht weiter zulassen, dass
129 zentrale Herausforderungen unserer Zeit, unserer Generation und
130 Nachfolgenerationen wie Armut, Bildungsungleichheit,
131 Geschlechterungerechtigkeit oder die Klimakrise nicht im Unterricht
132 behandelt werden. Mithilfe von BNE werden junge Menschen befähigt,
133 sich trotz Widersprüchen, Unsicherheiten und Zielkonflikten an
134 Aushandlungs- und Gestaltungsprozessen für eine nachhaltige
135 Entwicklung - die Lösung der Herausforderungen unserer Zeit -
136 einzusetzen.

137 ◦ Gesundheitsförderung und Mentale Gesundheit in den Lehrplan

138 ◦ Sexualekundeunterricht reformieren

- 139 ◦ Stopp mit westlicher Sicht in Geschichtsunterricht

- 140 ◦ bessere Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands im
141 Geschichtsunterricht

- 142 ◦ stärkerer Gegewartsbezug in der Aufarbeitung des
143 Nationalsozialismus, insb. der Shoa, und dessen Kontinuitäten

- 144 • Gleitzeitsystem in Schulen einführen

- 145 • die vollständige Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen unabhängig vom
146 Sozialleistungsbezug
- 147 ◦ dazu gehört auch die Zurverfügungstellung von digitalen Endgeräten
148 für alle Schüler*innen

149 Berufsorientierung

150 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert eine Verbesserung der
151 Berufsorientierungsangebote an allgemeinbildenden Schulen. Bildungseinrichtungen
152 sollen nicht bloß Wissen vermitteln, sondern Schüler*innen auf die zunehmend
153 komplexe Welt vorbereiten.

154 Berufsorientierung muss ab der 7. Klasse als fester Bestandteil des Lehrplans
155 verankert werden. Dabei müssen Schüler*innen auch praxisnah auf
156 Bewerbungsprozesse vorbereitet werden. Es braucht mehr Raum für Praktika,
157 Betriebserkundungen und praxisnahe Projekte im Unterricht und die Einführung
158 regelmäßiger individueller Berufsorientierungsgespräche für alle Schüler*innen.
159 Dazu unterstützen wir die Einführung eines Perspektivenjahres.

160 Außerdem fordern wir verpflichtende Module zu Arbeitnehmer*innenrechten und die
161 Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, um Schüler*innen über ihre Rechte im
162 Berufsleben zu informieren.

163 Wir fordern eine gleichwertige Berufsorientierung für Ausbildungs- und
164 akademische Berufe durch die Einführung von Projekttagen und Praktika mit Fokus
165 auf handwerkliche, technische und soziale Berufe und die Förderung von
166 Ausbildungsbotschafter*innen an Schulen.

167 Die Berufsorientierungsangebote an Schulen müssen frei von
168 Geschlechterstereotypen sein. Wir fordern eine geschlechtersensible Beratung
169 durch Expert*innen und gezielte Förderprogramme, um geschlechtsstereotypische
170 Berufswahlen zu vermeiden.

171 Berlin braucht eine zukunftsorientierte, nachhaltige und gerechte Berufsbildung
172 – jetzt!

173 Hochschule

174 In einer modernen Hochschullandschaft muss die digitale Transformation dafür
175 sorgen, dass Bildung für alle zugänglich und flexibel wird. Wir müssen alle
176 Berliner Hochschulen in ihren digitalen Angeboten massiv ausbauen: von
177 interaktiven Online-Lernplattformen über virtuelle Labore bis hin zu digitalen

178 Bibliotheken. Besonders in gestalterischen Studiengängen ist der
179 Materialverbrauch extrem hoch, was viele Studierende vor enorme finanzielle
180 Herausforderungen stellt. Deshalb ist der Aufbau eines gezielten Förderprogramms
181 für Materialkosten und digitale Werkzeuge dringend notwendig! Außerdem müssen
182 bedürftigen Studierenden digitale Endgeräte kostenlos zur Verfügung gestellt
183 werden.

184 Wir wollen die Abschlussnote als zentrales Auswahlkriterium für die
185 Studienplatzvergabe abschaffen. Stattdessen sollen Verfahren eingeführt werden,
186 welche die Motivation der Bewerbenden in den Vordergrund stellen.
187 Solche Verfahren müssen so gestaltet sein, dass Bewerber*innen aus weniger
188 privilegierten Familien nicht benachteiligt oder soziale Ungleichheiten
189 verstärkt werden. Um dies sicherzustellen, benötigt es eine externe Evaluierung,
190 sodass die Chancengleichheit kontinuierlich verbessert wird. Um
191 Chancengleichheit nachhaltig zu erhöhen, muss bereits in der Schule angesetzt
192 werden, indem durch Empowerment-Strukturen Schüler*innen aus sozial
193 benachteiligten Gruppen ein faire Chance in solchen Verfahren ermöglicht wird.
194 Es muss verhindert werden, dass Bewerbungsverfahren teure Materialien oder
195 unbezahlte Arbeit voraussetzen.
196 Wir fordern die Abschaffung des endgültigen Nichtbestehens, es darf keine
197 Begrenzung der Prüfungsversuche geben.

198 In den letzten Jahren gab es im Rahmen des Israel-Palästina Konflikts zahlreiche
199 Debatten über antisemitische Bedrohung, antipalästinensischen Rassismus und
200 Wissenschaftsfreiheit an den Berliner Hochschulen. Die Lehre daraus muss sein:
201 Studierende jeglicher Diskriminierung müssen konsequent geschützt werden. Oft
202 agiert die Polizei eskalierend statt deeskalierend. *Deshalb muss die Polizei
203 grundsätzlich anders vorgehen. An Hochschulen braucht es andere Konzepte zur
204 Sicherstellung von Sicherheit, die ohne Polizei auskommen. Wir fordern eine
205 Abschaffung des Ordnungsrechts an Berliner Hochschulen, den Schutz der
206 Wissenschaftsfreiheit und kontroverser wissenschaftlicher Debatte sowie den
207 konsequenten Schutz von Studierenden, die von Antisemitismus und/oder Rassismus
208 betroffen sind.

209
210 Darüber hinaus muss die Demokratie an Hochschulen gestärkt werden:
211 Studierendenvertretungen müssen echte Einflussmöglichkeiten erhalten durch eine
212 viertel-paritätische Besetzung aller Gremien der akademischen Selbstverwaltung.
213 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert außerdem die explizite Festschreibung des
214 allgemeinpolitischen Mandats der Studierendenschaften im Berliner
215 Hochschulgesetz.

216 Wir wollen prekäre Arbeitsverhältnisse an Universitäten beenden und
217 solidarisieren uns mit den Forderungen von TVStud.

218
219 Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist für Studierende dramatisch. Berlin muss den
220 Neubau von Wohnheimen deshalb massiv beschleunigen. Zudem muss es sich dafür
221 einsetzen, dass sich das BAföG nach den tatsächlichen Kosten der Wohnung
222 richtet, jedenfalls aber abhängig nach Wohnort festgesetzt wird. Berlin soll
223 sich zudem für eine grundlegende Reform des BAföG einsetzen. Hier braucht es
224 einen automatischen Inflationsausgleich wie bei anderen Sozialleistungen. Zudem
225 braucht es einen vollständigen Zuschuss, eine komplette Elternunabhängigkeit und
226 die Ausweitung der Förderzeit. Außerdem soll eine Familienversicherung bis zum
227 30. Lebensjahr möglich sein. Von der Zahlung des Rundfunkbeitrags sollen

228 Freiwilligendienstleistende befreit sein. Für Studierende, die nicht BAföG
229 beziehen, und Auszubildende muss der Rundfunkbeitrag ermäßigt werden.

230 Ausbildung

231 Wir setzen uns außerdem für eine Aufwertung der dualen Ausbildung in Berlin ein.
232 Dafür fordern wir die Schaffung eines Auszubildendenwerks, analog zum
233 Studierendenwerk. Das Azubiwerk soll eigene Wohnheime und Mensen für Azubis
234 betreiben, um den kaum bezahlbaren Lebenshaltungskosten für Azubis
235 entgegenzuwirken. Es soll außerdem soziale Beratung für Auszubildende anbieten
236 und einen Fokus auf die Förderung von Demokratie im Betrieb legen, indem
237 besonders die Gründung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen)
238 unterstützt wird und JAVen in ihrer Arbeit beraten werden.

239 Um genügend hochwertige Ausbildungsplätze zu schaffen, fordern wir die
240 Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie. Die Umlage soll
241 ausbildende Betriebe finanziell unterstützen, um Anreize zur Schaffung von
242 Ausbildungsplätzen zu bieten und Investitionen in Ausbildungsqualität zu
243 erleichtern. Die Umlage wird am besten in den allgemeinverbindlichen
244 Tarifverträgen pro Branche festgehalten. Wo keine tarifliche Lösung gilt, muss
245 jedoch eine gesetzliche Regelung greifen. Bei der Ausbildungsplatzgarantie muss
246 die betriebliche Ausbildung immer Vorrang vor schulischen Modellen haben.

247 Damit die Entscheidung für einen Ausbildungsberuf nicht vom Einkommen der Eltern
248 abhängt, muss die Mindestausbildungsvergütung auf mindestens 992 € netto
249 steigen. Zusätzlich fordern wir einen staatlichen Lernmittelzuschuss für alle
250 Azubis.

251 Berufsschulen

252 Der Unterricht an Berufsschulen muss grundlegend reformiert werden.
253 Auszubildende sollen nicht ausschließlich auf Abschlussprüfungen vorbereitet
254 werden, sondern auf das reale Berufsleben. Dafür ist es notwendig, dass in
255 Zusammenarbeit mit Auszubildenden, Gewerkschaften, Berufsschullehrkräften,
256 Ausbilder*innen, Wissenschaftler*innen und den Kammern moderne, zeitgemäße
257 Rahmenlehrpläne entwickelt werden. Diese müssen auch den gezielten Einsatz
258 aktueller sowie zukunftsweisender Technologien in den jeweiligen Berufsfeldern
259 integrieren – beispielsweise den Umgang mit KI in der Informatik – und somit die
260 Ausbildung an die sich wandelnden Anforderungen der Arbeitswelt anpassen.

261
262 Gleichzeitig soll der Schwerpunkt vom reinen Auswendiglernen weg verlagert
263 werden. Stattdessen wird der kompetenzorientierte Umgang mit Hilfsmitteln wie
264 zum Beispiel Formelsammlungen und Taschenrechnern in den Mittelpunkt gestellt,
265 um das Verständnis und die praktische Anwendung von Wissen zu fördern

Beschluss Berliner Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitspolitik – aber basiert!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

- 1 In der Politik ist alles eine Frage des Wollens. Ein löchriger Sozialstaat; eine
- 2 Wirtschaft, die vor allem die stärksten Player fördert; ein Arbeitsmarkt, auf
- 3 dem die*der Otto-Normal-Arbeitnehmer*in viel zu oft das Nachsehen hat – das
- 4 alles ist kein Naturgesetz, sondern eine Frage des politischen
- 5 Veränderungswillens. Dabei ist unser Grundsatz in jeder Frage klar: der Mensch,
- 6 seine unverletzliche Würde bildet den Grundstein unseres politischen Handelns.
- 7 Dieser Grundsatz bezieht selbstverständlich auch alle Menschen ein, die noch
- 8 nach uns kommen werden.

- 9 Sozialpolitik: einfach, praktisch, gut

- 10 Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit sind in Deutschland der gesetzlich
- 11 zugesicherte Anspruch der Sozialgesetzgebung. Dieses Bekenntnis ist für viele
- 12 Menschen aber nicht mehr als ein schlechter Witz. Wer mit offenem Herzen durch
- 13 Berlin geht, dem ist vollkommen klar: Unser soziales Netz ist so löchrig wie ein
- 14 Schweizer Käse. Unsere Forderung ist deshalb simpel und scheint für viele
- 15 Politiker*innen doch unvorstellbar: Die Würde des Menschen ist unantastbar.
- 16 Darauf bezieht sich auch der Grundsatz unserer Sozialgesetzgebung. Dem müssen
- 17 wir gerecht werden.

- 18 Ein Grundstein dafür ist, dass soziale Arbeit endlich ausfinanziert wird. Der
- 19 Staat darf sich nicht länger darauf verlassen, dass das Gebilde aus einer
- 20 handvoll Hauptamtlichen zusammen mit unzähligen Ehrenamtler*innen es schon
- 21 richten wird. Zu einer angemessenen Finanzierung gehört auch, dass das
- 22 Zuwendungsrecht reformiert wird: Wir fordern eine mehrjährige Projektförderung
- 23 als Standard und mehr Vertrauen in die Träger. Es kann nicht sein, dass im
- 24 Rahmen des Zuwendungsrechts ein gigantischer Verwaltungsaufwand entsteht, der
- 25 wichtige Kapazitäten bindet. Um bürokratische Hürden weiter abzubauen, müssen
- 26 zudem alle Förderprogramme des Landes Berlin und Bezirke zentral und leicht
- 27 zugänglich auffindbar sein.

- 28 Die sozialen Problemlagen unserer Stadt drehen sich meist um Armut, Drogenkonsum
- 29 sowie Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Dabei sind alle drei Kategorien oft in sehr
- 30 komplexen Strukturen eng miteinander verbunden. Die sozialen Problemlagen
- 31 unserer Stadt drehen sich meist um Armut, Drogenkonsum sowie Wohnungs- und
- 32 Obdachlosigkeit. Alle drei Kategorien sind oft in komplexen Strukturen eng
- 33 miteinander verbunden. Das Kernproblem ist hier der Kapitalismus und seine
- 34 wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Zwänge. Um dieses Kernproblem zu
- 35 beheben, arbeiten wir langfristig daran den Kapitalismus zu überwinden. Bis

36 dahin unterstützen wir die Betroffenen mit diesen konkreten, landespolitischen
37 Maßnahmen:

- 38 • Ausbau der Schnittstellen im Hilfesystem
- 39 • Bessere Abstimmung von Versorgungsstrukturen Psychiatrie, Suchthilfe und
40 Wohnungslosenhilfen
- 41 • Einsatz von persönlichen Hilfen nach § 67 ff. SGB XII und
42 Eingliederungshilfen als Standard
- 43 • Klarer Fokus auf mobile Arbeit und aufsuchende Angebote
- 44 • Bereitstellung von Wohnraum als erste Maßnahme
- 45 • Angebote für Menschen mit ungeklärten sozialrechtlichen Ansprüchen
- 46 • Angebote, bei denen explizit nicht nach sozialrechtlichen Ansprüchen
47 geschaut wird
- 48 • Stadtteilzentren in allen Prognoseräumen sowie Ausbau weiterer
49 nachbarschaftlicher Sozialangebote
- 50 • Vorrang von sozialen Einrichtungen bei Gewerbemietverträgen
- 51 • Mehr personelle Kapazitäten für die Sozial- und Wohnungsämter
- 52 • Keine Bezahlkarten im sozialpolitischen Kontext
- 53 • Landesprogramm zur Übernahme von “weißer Ware” (Haushaltsgeräte), die vom
54 Bürgergeld nicht übernommen wird

55 Inklusion ist Menschenrecht

56 Inklusion ist kein nice to have, sondern ein Grundrecht. Deshalb setzen wir uns
57 für den Ausbau unabhängiger Beratungsstellen ein, die Menschen unterstützen, ihr
58 Recht auf Teilhabe durchzusetzen.

59 Für die gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben ist unter anderem der
60 Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden zentral.
61 Die Barrierefreiheit ist kein abstraktes Ziel für eine ferne Zukunft, sondern
62 ein konkreter Handlungsauftrag. Für öffentliche Gebäude bedeutet das
63 beispielsweise, dass hier auch der Denkmalschutz teils zurücktreten muss.
64 Außerdem brauchen wir ein Sonderprogramm, das den barrierefreien Umbau aller S-
65 und U-Bahn-Stationen in Berlin ermöglicht.

66 Eine weitere Priorität für uns ist die Teilhabe im Arbeitsleben. Für uns ist
67 klar: Alle Menschen haben ein Recht darauf, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Die
68 Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt muss das Ziel jeder Maßnahme sein. Dabei
69 ist für uns klar, dass das Werkstätten-System diesem Ziel nicht gerecht wird.
70 Mittelfristig muss ein Maßnahmen-system aufgesetzt werden, dass bei der Inklusion
71 in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt. Bis dahin müssen auch in Werkstätten
72 selbstverständlich alle Arbeitnehmer*innenrechte gelten, die für Beschäftigte
73 auf dem ersten Arbeitsmarkt auch gelten. In der Erarbeitung jeglicher kommenden

74 arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Bereich Inklusion sind Menschen mit
75 Behinderung immer zu beteiligen, ihre Expertise ist maßgebend..

76 Schon jetzt sind Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeiter*innen dazu
77 verpflichtet, wenigstens auf fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte
78 Menschen zu beschäftigen. Doch durch die Möglichkeit der Ausgleichszahlung
79 drücken sich viele Unternehmen vor ihrer Verantwortung. Die Möglichkeit einer
80 Ausgleichszahlung wollen wir deshalb für Unternehmen mit mehr als 50
81 Angestellten streichen. Bleiben diese Unternehmen mittelfristig unter der 5-
82 Prozent-Hürde, soll stattdessen eine deutlich höhere monatliche Strafzahlung
83 greifen.

84 Wirtschafts- und Arbeitspolitik, aber auf vernünftig

85 Wirtschaftspolitik und der Einsatz für gute Arbeit gehen für uns Hand in Hand.
86 Deshalb wollen wir für ein zentrales Werkzeug der Berliner Wirtschaftspolitik –
87 die Wirtschaftsförderung – klare Standards setzen. Unser Fokus liegt auf
88 Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften, hohe soziale Standards einhalten und
89 aktiv die Klimakrise bekämpfen. Besonders kleine und/oder gemeinwohlorientierte
90 Unternehmen wollen wir dabei unterstützen, gegen die Marktmacht von globalen
91 Playern und Großunternehmen zu bestehen. Es geht uns darum, Unternehmen zu
92 fördern, die einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft haben – und nicht die
93 nächste Cashcow von irgendwelchen BWL-Tech-Bros. Die Wirtschaftsförderung für
94 Rüstungsprojekte schließen wir grundsätzlich aus.
95 Als Instrument der Wirtschaftsförderung wollen wir zusätzlich Gewerbeflächen
96 stärker regulieren. Dazu gehört die Einführung einer Gewerbeleerstandssteuer
97 sowie den verstärkten Einsatz von Erhaltungssatzungen (BauGB). Zudem fordern
98 wir, nach dem Vorbild Bremens eine "Privatisierungsbremse" - danach müssen alle
99 (Teil-) Privatisierungen durch einen Volksentscheid entschieden werden.

100 Wie in der Wirtschaftspolitik allgemein wollen wir auch in der Kreativwirtschaft
101 verstärkt auf die Förderung von kleinen und/oder gemeinwohlorientierten
102 Unternehmen setzen. Denn auch in der Kreativwirtschaft haben große Unternehmen
103 oft eine absolute Marktmacht, die sie schamlos ausnutzen. Um kleine und/oder
104 gemeinwohlorientierte Unternehmen zu unterstützen, wollen wir branchen-gerechte,
105 landeseigene Förderzentren gründen. Ein Beispiel ist hier ein landeseigenes
106 House of Games. Durch die Etablierung eines solchen, landeseigenen Inkubators
107 könnten wir gezielt Neugründungen beziehungsweise kleine Studios durch
108 Beratungsangebote, Bürofläche und gemeinschaftliches Arbeitsmaterial
109 unterstützen. Selbstverständlich müssen Unternehmen, die ein solches Angebot
110 nutzen, einem hohen Sozial- und Umweltstandard gerecht werden.

111 Wir unterstützen Arbeiter*innen in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen
112 und Löhne. Diese Zusage darf kein Lippenbekenntnis sein. Es geht darum, konkrete
113 politische Maßnahmen zu suchen und zu ergreifen. Dafür werden wir unter anderen
114 den Landesmindestlohn auf 16 Euro erhöhen. Die turnusgemäße Anpassung an die
115 Tariflohnsteigerungen erfolgt nach wie vor weiter. Besondere Priorität haben für
116 uns Arbeitnehmer*innen in sozialen Berufsfeldern und in Ausbildungsberufen.
117 Politische Hebel können hier unter anderem die Wirtschaftsförderung und das
118 Ausschreibungsrecht für öffentliche Aufträge sein. Zentral ist, dass
119 landeseigene Betriebe in Sachen Arbeitnehmer*innenrechte mit gutem Beispiel
120 vorangehen. In Anlehnung an das Pilotprojekt Solidarisches Grundeinkommen wollen
121 wir eine Jobgarantie für das Land Berlin entwickeln. Anhand der Erfahrungen aus

- 122 dem Pilotprojekt Solidarisches Grundeinkommen und einer Berliner Jobgarantie
123 setzen wir uns langfristig für eine bundesweite Jobgarantie ein.